

Protokoll der 7. Sitzung**Donnerstag, 19. Oktober 2023, 19.00 - 00.00 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Christine Knüsel-Bachofer, Präsidentin

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

- Andrin Battaglia
- Elias Fricker

Präsenz

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 19.

Entschuldigt sind Raphael Donati, Elias Fricker und Patrick Rutishauser.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Andrea Suter anstelle des zurückgetretenen Martin Gysi
2. Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027
3. Budget 2024
4. Erweiterung Kindergarten Triesch mit 1 Kindergartenabteilung. Kreditbegehren
5. Abwasserbeseitigung - Genereller Entwässerungsplan (GEP 2. Generation) Buchs. Kreditbegehren
6. Bericht zum Postulat von Heidi Niedermann, Littering. Einführung Videoüberwachung beim Schulhaus Risiacher und bei der Sammelstelle Gemeindesaal. Kreditbegehren
7. Motion von Evelin Meier, glp, betreffend Verbesserung der Chancengleichheit an den Buchser Schulen (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
8. Eingänge
9. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Inpflichtnahme von Andrea Suter anstelle des zurückgetretenen Martin Gysi

Andrea Suter wird von der Ratspräsidentin vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027

(Aufgaben- und Finanzplan des Gemeinderats vom 29. August 2023)

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation):

Der Aufgaben- und Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich. Trotzdem, es ist eine Pflicht der Gemeinde einen solchen Plan zu erstellen. Er dient als Planungsinstrument und Entscheidungshilfe zur Planung zukünftiger Investitionen. Der Einwohnerrat kann davon lediglich Kenntnis nehmen. Zuerst müssen die Planungsgrundlagen erhoben werden. Dazu gehören der Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen, weitere Einnahmen und die vorgesehenen Investitionen (inkl. Terminierung und Kostenschätzung). Dann gilt es den Plan zu erstellen und die Investitionen zu optimieren durch Terminänderungen und Kostenanpassungen. Zuletzt gilt es die Finanzierung sicherzustellen und den Steuerfuss festzusetzen.

SteuerertragNatürliche Personen

Rechnungsjahr	2024	2025	2026	2027
Wachstum Steuereinnahmen	3.0 %	3.0 %	3.0 %	3.5 %
In Mio. Franken	20.2	20.8	21.4	22.2
Steuerfuss	118 %	118 %	118 %	118 %

Juristische Personen

Rechnungsjahr	2024	2025	2026	2027
Wachstum Steuereinnahmen	- 3.0 %	- 6.0 %	- 6.0 %	2 %
In Mio. Franken	2.21	2.13	2.05	2.09

Diese Zahlen basieren im Wesentlichen auf Schätzungen von Finanzexperten des Kantons. Bei den juristischen Personen wirkt sich die Annahme der kantonalen Steuergesetzrevision 2022 negativ aus.

Geplante Investitionen über die nächsten vier Jahre nach Finanzplan (in Mio. Franken)

Finanzplan	2024 - 2027
Verwaltungsvermögen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)	28.5
Finanzvermögen	1.6
Wasserwerk	7.4
Abwasserbeseitigung	7.4
Abfallwirtschaft	0.0
Total	44.9

Eigenwirtschaftsbetriebe

Wasserwerk

Nettoinvestitionen 2024 - 2027 von	7.4 Mio. Franken
Schuldenbestand per Ende 2027	0.1 Mio. Franken

Abwasserbeseitigung

Nettoinvestitionen 2024 - 2027 von	7.4 Mio. Franken
Schuldenbestand per Ende 2027	1.9 Mio. Franken

Abfallwirtschaft

Nettoinvestitionen 2024 - 2027 von	0.0 Mio. Franken
Guthabenbestand per Ende 2027	0.4 Mio. Franken

Projekte im Bau (in Tausend Franken)

Total Fr. 23.4 Mio., noch Fr. 368'000 ausstehend

Funktion	Bezeichnung	Betrag	2023	2024
Projekte in Bau		23'353	296	72
1500	Ersatz Kommandofahrzeug	85		
2170	Risiacher Schulhaus/Projektierung	1'050		
2170	Risiacher Schulhaus/Neubau und Rückbau	17'506		
3420	Platzgestaltung Parzelle 362 Oberdorf	170		
6130	K242/Tramstrasse, Lärmsanierung	1'132		
6150	. Neubuchs-/Gysistrasse	1'109		
6150	. Bachstrasse	1'527		
6150	. Spittelacherweg	76	76	
6150	. Gässliacherweg	82	10	72
6150	Öffentliche Beleuchtung mit Drittprojekt FW	56		
6150	Belagsarbeiten mit Drittprojekt FW	20		
7301	Unterstand Kehrichtfahrzeug Steinachern	200	200	
7900	Revision BNO	340	10	

Projekte beschlossen (in tausend Franken)

Total rund 7 Mio. Franken

Projekte beschlossen		7'009
0290	Umzug, Mobilien, Ausstattung Werkhof	1'300
2170	Gysimatte Machbarkeit Provisorien	30
6130	K210/K242 Bavaria-Tramstrasse; Ums. B	4'072
6150	. Brummelstrasse	1'126
6150	. Rosenweg	213
7900	Massnahmen Hochwasserschutz	268

Geplante Projekte (in tausend Franken)

Projekte geplant		77'999
0290	Sanierung Feuerwehrmag. Fabrikweg 17/	270
1407	Betreibungsamt Umzug/Baul. Anpassung	470
2170	Gysimatte SH Neubau/Projektierung und	21'000
2170	Suhrenmatte Turnhalle/Projekt. und Bau	3'000
2170	Gysimatte SH Sanierung/Projekt. und Bau	5'750
2170	Suhrenmatte SH Neubau/Projekt. und Ba	14'000
2170	Suhrenmatte Sportanlage, Sanierung Rur	300
2170	Suhrenmatte Sportanlage, Sanierung Allw	200
2170	Kindergarten Risiacher/Triesch	2'200
2170	Gysimatte SH Planung, Bau Provisorien	4'500
2170	Gysimatte TH Sanierung Projekt und Bau	1'000
2180	Neuorganisation schulergänzende Betreu	73
3110	Aussensanierung Dorfmuseum	90
3291	Gemeindesaal Ersatz Mobiliar	400
3420	Gemeindehaus; Platzgestaltung	2'000
6130	BGK K210 Aarauer- und Mitteldorfstr.	3'400
6130	Sanierung Neubuchsstrasse (zukünftig K2	180
6130	Erneuerung Beleuchtung Aarauerstrasse	71
6130	Erneuerung Beleuchtung Mitteldorfstrasse	174
6130	Buswartehallen Tramstrasse	90
6130	Buswartehallen Aarauerstrasse	90
6130	Buswartehallen/Velopark. Mitteldorfstrass	200
6150	Fuss- und Radwegverbindung Buchs-Nor	160
6150	Umsetzung Tempo 30 Zonen Buchs NW	70
6150	Gemeindestrassen u. öffentl. Beleuchtung	300
6150	Parkierungsreglement	80
6150	Parkplatz Gemeindesaal	210
6150	Ersatz Wischmaschine	180
6150	. Belchenweg (70%)	119
6150	. Untere Torfeldstrasse (70%)	256
6150	. Bahnstrasse (70%)	402
6150	. Fabrikweg (70%)	568
6150	. Rainweg (70%)	51
6150	Diverse Strassensanierungen (70%)	1'200
6150	Anpassung Bushaltestelle Alterszentrum	145
7900	Strukturplan Aarauerstr./Unt. Torfeld	95
9630	Gestaltung Bärenareal	1'420
9630	Perimeter Dorfmetzg Investorenwettbewe	450
9901	Ersatz Geräteträgerfahrzeug HANSA	130
9901	Ersatz VW Crafter	60
9901	Ersatz Renault Kangoo	30
9901	Ersatz Piaggio Porter	35
9901	Rasenmähertraktor John Deer	80
9999	Investitionsreserve	12'500

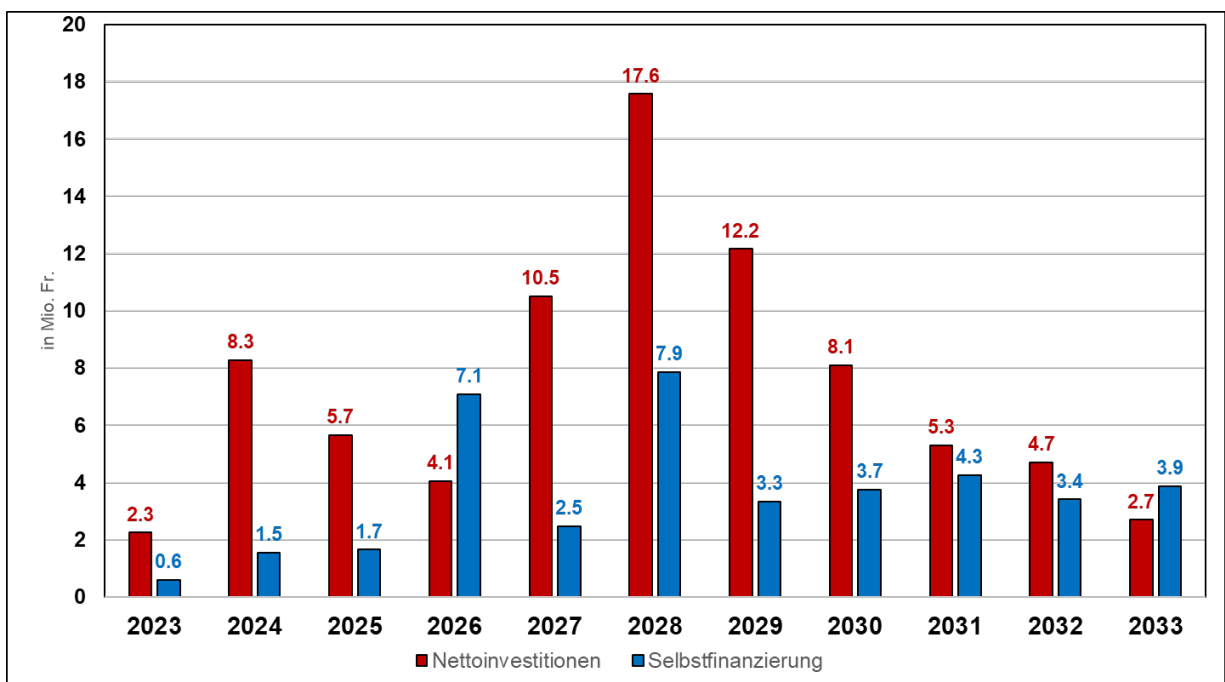
Bei den geplanten Projekten gab es im Vergleich zum Vorjahr viele Änderungen. Es kamen neue Positionen dazu, teilweise sind diese erheblich. Die grossen Beträge betreffen den Neubau Schulhaus Gysimatte, Turnhalle Suhrenmatte, Sanierung Schulhaus Gysimatte, Neubau Schulhaus Suhrenmatte. Bei der Gysimatte braucht es weitere Provisorien, es braucht eine Planung und einen Bau, dafür sind 4.5 Mio. Franken vorgesehen. Im Bereich Aarauer- und Mitteldorfstrasse sind 3.4 Mio. Franken geplant. Das ergibt die erschreckende Zahl von 78 Mio. Franken. Die weiteren Positionen betreffen vor allem den Verkehr und den Ersatz von Fahrzeugen, es handelt sich jedoch um kleinere Beträge. Weiter bleibt zu erwähnen, dass eine Investitionsreserve eingeplant ist. Diese kommt in den letzten fünf Jahren mit jeweils Fr. 250'000.-- zum Tragen.

Kennzahlen

	2024 - 2027	2023 - 2026
Nettoinvestitionen über Periode	28.5 Mio. Franken	16.9 Mio. Franken
Neuverschuldung Ende Periode	13.8 Mio. Franken	11.9 Mio. Franken
Schulden Ende Periode	36.4 Mio. Franken	34.6 Mio. Franken
Nettoschuld Ende Periode	36.3 Mio. Franken	30.3 Mio. Franken
Nettoschuld pro Einwohner Ende Periode	4'154 Franken	3'466 Franken
Kapitaldienst Ende Periode	0.95 Mio. Franken	0.38 Mio. Franken
Selbstfinanzierungsgrad Ende Periode	24 %	32 %
Selbstfinanzierungsgrad Ø Periode	62 %	29 %

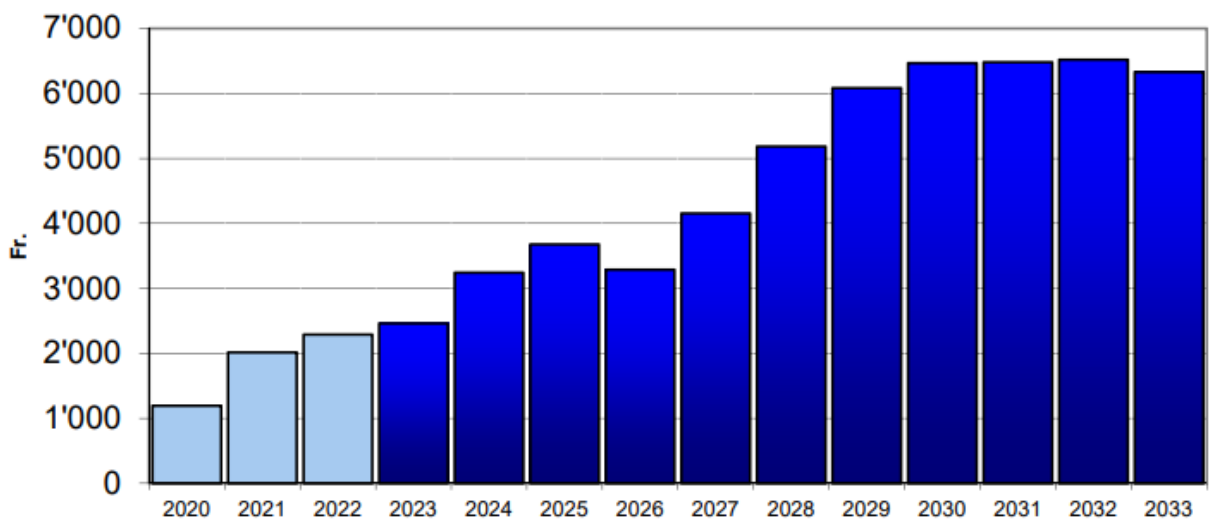
Es ist einiges passiert vom letzten Jahr auf dieses Jahr. Im Wesentlichen konnte nie genau geplant werden. Die Planungsgrundlagen haben gefehlt. Letztes Jahr hiess es, dass im nächsten Jahr genauer evaluiert werden muss, wo wir stehen. Diese Planungsgrundlagen sind nun grösstenteils vorhanden in Form von Schülerzahlen. Es gingen zwischenzeitlich auch die entsprechenden Aufträge für zusätzlichen Schulraum ein.

Nettoinvestitionen/Selbstfinanzierung in Mio. Franken



Die Nettoinvestitionen sind rot dargestellt, die Selbstfinanzierung in blau. Wenn die blauen Balken gleich hoch wären wie die Roten, müssten wir uns nicht verschulden. Im 2026 können wir unsere Investitionen selber finanzieren. Es gibt aber auch das Jahr 2028, in welchem sich mehrere Investitionen kumulieren.

Entwicklung Nettoschuld I pro Einwohner



Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt über die nächsten Jahre deutlich. Mit dem eingeplanten Steuerfuss von 118 % soll der Anstieg der Verschuldung gestoppt werden. Die Schulden können aber erst ab dem Jahr 2033 langsam reduziert werden.

Die wichtigsten Punkte

- Grössere Investitionen stehen an
 - Gesamtanierungen und Neubauten von Schulanlagen
 - Sanierungen von Kantons- und Gemeindestrassen inkl. Infrastruktur
- Steuerertrag
 - Natürliche Personen: Steuerertrag steigt mit Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. In der Region unterdurchschnittlicher Ertrag pro Einwohner in Buchs.
 - Juristische Personen: Steuerertrag ist rückläufig. Gründe: Neues Steuergesetz, Weg- und Zuzüge.
- Steuerfuss muss erhöht werden auf 118 %.
 - Plus 10 % entsprechen ca. 1.5 Mio. Franken pro Jahr
- Zinsen steigen. Neu wird mit 2.2 % gerechnet für Neukredite
- Teuerung ca. 2 %
- Weitere Einnahmen: Verkauf von Liegenschaften aus dem Finanzvermögen vorgesehen

Fazit

Vor allem im Bildungsbereich gibt es ein höheres Investitionsvolumen. Es gibt laufende Investitionen in den Unterhalt der Infrastrukturen (Strassen, Leitungen). Wenn diese nicht rechtzeitig ersetzt werden, führt das zu höheren Folgekosten und Sondereinsätzen. Weiter kommt die ungünstige Einnahmenentwicklung dazu. Das hat zur Konsequenz, dass ein Steuerfuss von 118 % gewählt wurde, damit eine Stagnation im Verlauf der Zeit - nach den tiefgreifenden Investitionen - erreicht werden kann. Die Planungsgrundlagen sind nun geschaffen, der Nebel ist weg, man macht die Augen auf, wundert sich und muss das Steuer herumreissen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Unsere Fraktion hat sich angesichts der markanten Kostensteigerungen durch Miete/Hypothekarzinsen, Energiepreise/Nebenkosten, Krankenkassenprämien und allgemeine Teuerung beispielsweise auch im Nahrungsmittelbereich viele Gedanken gemacht. Wir sind uns bewusst, dass aufgrund der finanziellen Entwicklung und namentlich der Investitionen im Schul- und Strassenbereich eine Steuerfusserhöhung notwendig ist, doch sind wir der Meinung, dass die Bevölkerung 2024 nicht noch durch eine sehr hohe Steuererhöhung von 10 % zusätzlich belastet werden soll. Die Kostensteigerungen belasten nicht nur Personen mit geringem Einkommen, sondern auch den Mittelstand (insbesondere Familien), der meistens keine Krankenkassenprämien-Verbilligungen erhält und über steuerbare Einkommen verfügt, bei denen eine Steuererhöhung von 10 % bereits recht stark ins Gewicht fällt. Auch bei Personen mit niedrigem Einkommen darf ein kleiner Mehraufwand für die Steuern nicht einfach bagatellisiert werden, bedeutet doch gerade für diese Menschen jeder finanzielle Mehraufwand eine grosse Belastung und hat zudem auch einen negativen psychologischen Effekt. Eine Steuererhöhung von 10 % bewirkt unabhängig von den konkreten finanziellen Auswirkungen auch eine Abwehrhaltung bei Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, weshalb mit einer Ablehnung dieser hohen Steuererhöhung zu rechnen ist. Die Fraktion die Mitte möchte entschieden einer Haltung entgegenwirken, wonach zum vornherein von einem Prozess mit einem regierungsrätlichen Entscheid über den neuen Steuerfuss ausgegangen wird. Die damit verbundenen negativen medialen Schlagzeilen über mehrere Monate sind zu vermeiden, da sie auch negative Auswirkungen auf das Image und die Attraktivität unserer Gemeinde hätten. Die Mitte vertritt aufgrund dieser Situation den Standpunkt, dass im Gesamtinteresse der Gemeinde und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner das folgende Vorgehen sachgerecht ist:

- Im Hinblick auf das Budget 2025 und den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2028 erfolgt eine vertiefte Analyse der finanziellen Lage und Entwicklung der Gemeinde.
- Die Steuerfusserhöhung für das Jahr 2024 wird reduziert und der Aufwandüberschuss im Budget in vertretbarem Rahmen erhöht.
- Über die Entwicklung des Steuerfusses ab 2025 und weitere Massnahmen im Bereich der Entwicklung der Gemeindefinanzen wird aufgrund der Ergebnisse einer vertieften Analyse entschieden. Dabei ist eine rechtzeitige, transparente Kommunikation gegenüber der Bevölkerung sehr wichtig.

Die Mitte wird bei der Beratung des Aufgaben- und Finanzplanes 2024 - 2027 und des Budgets 2024 entsprechende Anträge stellen bzw. unterstützen. Besten Dank, wenn ihr unsere Überlegungen und Vorschläge für ein konstruktives Vorgehen in der folgenden Diskussion zum Aufgaben- und Finanzplan und zum Budget 2024 mitberücksichtigt.

Frau Denise Zeller Xenaki: Ich möchte im Namen der Fraktion die Mitte einen **Zusatzantrag** stellen. Und zwar für eine vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027 mit Einsetzung einer Begleitgruppe. Der Gemeinderat wird beauftragt eine vertiefte Analyse der finanziellen Situation und Perspektiven der Gemeinde vorzunehmen. Namentlich soll die Investitionsplanung auf Verzichts- und Reduktionsmöglichkeiten überprüft werden. Ausserdem sollen verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien für die langfristige Entwicklung von Buchs aufgezeigt werden. Dazu wird vom Gemeinderat eine Begleitgruppe mit Vertretungen der Parteien/Fraktionen eingesetzt. Zudem soll eine externe Finanzberatung aus dem Bereich öffentliches Finanzwesen beigezogen werden. Diese Arbeiten sollen so rasch als möglich gestartet werden und bis Ende Mai 2025 abgeschlossen sein. Begründung: In der Gemeinde Buchs stehen in den nächsten Jahren grosse Investitionen

im Bereich Schulhausbauten und Strassenbau an. Die geplante Steuererhöhung wird langfristig notwendig sein. Eine Steuererhöhung alleine wird aber nicht ausreichen um die strukturellen Probleme der Gemeinde zu lösen. Aus diesem Grund ist eine genaue Analyse der finanziellen und strukturellen Situation der Gemeinde nötig. Aus dieser Analyse können dann verschiedene Handlungsmöglichkeiten abgeleitet und aufgezeigt werden, wie Buchs in Zukunft den Finanzhaushalt wieder ins Lot bringen und eine übermässige Verschuldung vermeiden kann. Da es sich um eine sehr komplexe Sachlage handelt, erachtet es die Mitte als zielführend, dass eine externe Fachperson einbezogen wird. Diese kann die aktuelle Situation der Gemeinde aus einer Aussensicht beurteilen und ihr Fachwissen einbringen. Ausserdem wird damit das Verwaltungspersonal und der Gemeinderat entlastet und unterstützt. Wir erachten dieses Vorgehen als dringend notwendig und sehen darin eine Chance für Buchs, sich in Zukunft wieder als attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde mit einem gesunden Finanzhaushalt präsentieren zu können. Wir bitten die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dem Zusatzantrag zuzustimmen.

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer: Nicole hat mich soeben darauf hingewiesen, dass dieser Antrag so nicht eingereicht werden kann. Er kann als Postulat eingereicht werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir nur über die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans abstimmen.

Frau Evelin Meier: Wir anerkennen die grosse Arbeit, welche hinter dem Aufgaben- und Finanzplan steckt. Die Herausforderungen sind gross und die Zahlen zeigen unmissverständlich, wie es um die Finanzen von Buchs steht. Die vorliegende Aufstellung ist wichtig und eine gute Grundlage. Wir vermissen aber, ähnlich wie es Denise Zeller Xenaki gesagt hat, die Strategie, welche Buchs verfolgt hat. Deshalb unterstützen wir das Postulat. Wir brauchen eine längerfristige Strategie, um die Finanzen wieder stabilisieren zu können. Wir brauchen eine Idee oder eine Vision, wie Buchs in Zukunft ein ausgeglichenes Budget haben kann. Wir sind der Ansicht, dass es überparteilich und ergebnisoffen sein soll. Es sollen zwingend verschiedene Szenarien besprochen werden. Wir sollten darüber sprechen, was es bedeutet eigenständig zu bleiben und was es bedeuten kann, mit anderen Gemeinden Synergien zu nutzen. Was es bedeuten kann zusammenzuarbeiten und sich anzunähern. Der Gemeinderat hat die Verantwortung uns diese Zahlen vorzulegen und wir haben die Verantwortung diese Zahlen kritisch anzuschauen und in diesem Sinne Massnahmen zu fordern, welche unterstützend wirken, damit es in Zukunft besser läuft mit den Finanzen. Wir möchten den Gemeinderat dabei unterstützen, Lösungsansätze zu finden und wir wollen nicht einfach ein Jahr verstreichen lassen und hoffen, dass die finanzielle Lage nicht ganz so schlimm ist, wie prognostiziert. Daher unterstützen wir von der glp den Zusatzantrag resp. das Postulat der Mitte.

Herr Thomas Meier: Es kamen viele gute Vorschläge. Ich möchte einfach erwähnen, dass die Fraktion SP und Grüne diese Idee bereits am 8. Dezember 2020 hatte. Werner Schenker hat ein entsprechendes Postulat eingereicht, welches überwiesen aber bis heute vom Gemeinderat nicht beantwortet wurde.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen zugestimmt.

Budget 2024

(Budget des Gemeinderats vom 29. August 2023)

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation):

Sie haben die Zahlen bestimmt schon genau studiert. Ein paar Punkte möchte ich speziell hervorheben:

- Es sind Abschreibungen von 2.4 Mio. Franken vorgesehen.
- Das Budget basiert auf einem Steuerfuss von 118 %.
- Im Bereich Bildung ist gegenüber dem Vorjahr mit Mehrkosten von Fr. 550'000.-- zu rechnen. Das ist ein Plus von Fr. 208'000.-- Betriebskosten und ein Plus von Fr. 307'000.-- Besoldungsanteile.
- Die Regionalpolizei benötigt lediglich Fr. 40.-- statt Fr. 43.-- pro Einwohner/in.
- Bei den natürlichen Personen werden höhere Einnahmen im Umfang von rund 2 % erwartet. Plus natürlich die höheren Einnahmen wegen der Steuerfusserhöhung.
- Bei den juristischen Personen wird ein Minus von rund 3 % prognostiziert.
- Vom Finanz- und Feinausgleich des Kantons erhalten wir 2.19 Mio. Franken. Das sind rund Fr. 160'000.-- mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einem Finanzausgleich von rund 2 Mio. Franken und einem Feinausgleich von rund 0.2 Mio. Franken.
- Die Zinsbelastung beträgt neu Fr. 419'000.-- gegenüber Fr. 92'000.-- im Vorjahr.
- Die gebührenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetriebe sind solide unterwegs. Sie können sich durch die Gebühreneinnahmen finanzieren und es sind keine Gebührenanpassungen geplant.

Erfolgsrechnung

Im 2024 wird mit einem Aufwand von 38 Mio. Franken und einem Ertrag von 35.9 Mio. Franken gerechnet. Daraus resultiert das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von Minus 2.1 Mio. Franken. Das Ergebnis aus Finanzierung beträgt 1.2 Mio. Franken. Das führt zum negativen Gesamtergebnis von minus Fr. 877'000.--.

Investitionsrechnung

Im nächsten Jahr sind Investitionen von 2.1 Mio. Franken vorgesehen. Einnahmen gibt es keine. Die Selbstfinanzierung erreicht 1.5 Mio. Franken. Daraus resultiert ein Finanzfehlbetrag von Fr. 554'000.--.

Fazit

Die FGPK hat das Budget eingehend besprochen. Es kamen keine Positionsänderungen zur Abstimmung. Samuel Hasler stellte jedoch einen Rückweisungsantrag wie folgt: "Das Budget 2024 sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dieser wird beauftragt, auf die kommende Einwohnerratssitzung ein Budget vorzuweisen, das eine maximale Steuerfusserhöhung von 5 % und keinen höheren Aufwandüberschuss vorsieht." Dieser Antrag wurde mit 7 : 2 Stimmen abgelehnt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 3 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Budget 2024 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 118 % festzusetzen.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Im Namen des Gesamtgemeinderats möchte ich eine Stellungnahme zum Budget 2024 abgeben: Im Aufgaben- und Finanzplan wird ersichtlich, dass wir als Gemeinde, damit wir unsere Aufgaben wahrnehmen und unseren Pflichten nachkommen können, um eine grosse Steuererhöhung für die nächsten rund 10 Jahre nicht herumkommen werden. Im Wesentlichen geht es um Investitionen im Bildungsbereich aufgrund der zunehmenden Bevölkerungs- und auch Kinderzahlen. Zudem werden die kommunalen Budgets auch z. B. durch die Zunahme der älteren und alten Bevölkerung stärker als auch schon belastet. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die im Budget vorgesehene grosse Steuerfusserhöhung für niemanden einfach zu verdauen ist. Trotzdem ist er zum Schluss gekommen, dass 118 % ein Wert ist, der uns finanziell in den kommenden Jahren weiterhelfen kann und so die Investitionen einigermaßen getragen werden können. Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren immer wieder betont, dass er, wenn die Grössenordnung der Investitionen bekannt ist, mit einer Erhöhung kommen wird. Nun ist der Zeitpunkt da. Der Gemeinderat hatte in den letzten Wochen keine einfache Zeit: Ein "Anschlag" auf ein Mitglied mit gesprengtem Briefkasten und Vandalismus an der Hauswand und das Anpöbeln von Kindern eines Gemeinderatsmitglieds durch erwachsene Personen auf dem Schulweg waren die Reaktionen auf die Ankündigung der Steuererhöhung. Ist das die hochgelobte schweizerische Demokratie in der politischen Realität? Das kann es nicht sein! Aus diesem Grund erwartet der Gemeinderat von allen politisch Tätigen (inkl. sich selber) eine sachliche und faktenbasierte Diskussion, um zu zeigen, dass die Situation zwar ernst ist, aber nicht aussichtslos für die Gemeinde Buchs und dass die Buchser Politik Lösungen findet auch in schwierigeren Zeiten. Wir als Gemeinderat und ihr als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte tragen die Verantwortung für die Finanzen der Gemeinde und stehen in der Pflicht der Bevölkerung auch zu erklären, warum die Finanzen und damit auch die Investitionen so sind, wie sie sind. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche uns für die heutige Budgetdebatte viel Sachlichkeit, kein Populismus und keine Polemik und gute Lösungen für die anstehenden Aufgaben.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Ich möchte an dieser Stelle erläutern, wie das Budget 2024 und Folgejahre zu Stande kam und warum es zu einer Steuerfusserhöhung von 10 % kommt. Wie bereits erwähnt beträgt der vorliegende Aufwandüberschuss 0.87 Mio. Franken. Im Vergleich zum Budget 2023 mit einem Aufwandüberschuss von 2 Mio. Franken beträgt der Rückgang somit rund 1.1 Mio. Franken. Allerdings bei einem veränderten Steuerfuss von plus 10 %. Den Aufwandüberschuss von Fr. 877'000.-- erachten wir als vertretbar, da immer eine gewisse Ungenauigkeit vorliegt.

Wie kam es zu diesem Ergebnis mit einer Steuererhöhung von 10 Prozent? In den verschiedenen Budgetdebatten im Gemeinderat entwickelte sich der Aufwandüberschuss wie folgt:

Aufwandüberschuss vor der 1. Lesung	3'623'900
Aufwandüberschuss nach der 1. Lesung	2'911'300
Aufwandüberschuss vor der 2. Lesung	2'810'500
Aufwandüberschuss nach der 2. Lesung	2'377'450

Die Einsparungen in der Höhe von rund 1.3 Mio. Franken resultierten aus Streichungen, Kürzungen und Verschiebungen. Eine entsprechende Tabelle haben wir der FGPK am 16. Oktober 2023 abgegeben. Der Finanzplan zeigte uns nach der 2. Lesung in jedem Jahr bis 2033 hohe Aufwandüberschüsse und einen Schuldenanstieg bis 73.1 Mio. Franken im Jahr 2033. Sämtliche Eckwerte unserer Finanzstrategie konnten nicht eingehalten werden. Dies bedeutete, dass wir weder die laufenden Ausgaben, die jede Gemeinde hat, noch die Investitionen mit eigenen Mitteln finanzieren können. Der Schuldenanstieg war immens. Kurz gesagt: Die Einnahmen bei einem Steuerfuss von 108 Prozent reichen nicht aus, um Grundaufgaben, wie sie jede Gemeinde wahrzunehmen hat, im nötigen Umfang zu erfüllen (Löhne Personal/Beiträge an Institutionen/Spitex/Restkosten Gesundheit/Löhne Lehrpersonen/Unterhalt Liegenschaften/Feuerwehr/Polizei/Schwimmbad/Informatik/Sozialhilfe usw.). Es ist uns auch nicht möglich, die Investitionen

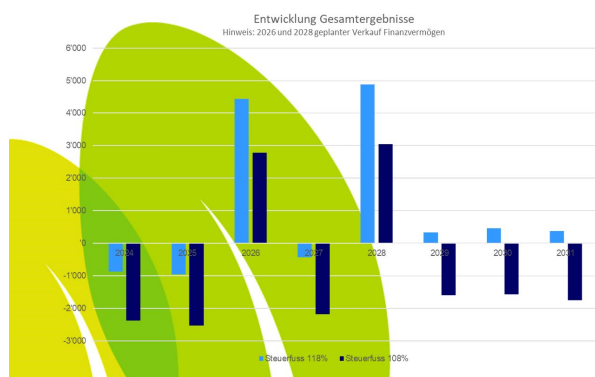
wenigstens teilweise zu finanzieren. Wegen den Aufwandüberschüssen sinkt das Eigenkapital kontinuierlich und massiv und die Schulden steigen per 2033 auf die oben erwähnten 73.1 Mio. Franken. Was kann eine Gemeinde in einer solchen Situation tun? Eine Gemeinde hat folgende Hebelwirkungen, diesem Umstand entgegenzuwirken:

- Steuern erhöhen
- Noch mehr Kürzungen vornehmen (bei 95 Prozent gebundenen Ausgaben kaum möglich)
- Investitionsstopp durch Verzichtsplanung (wo überhaupt möglich)
- Desinvestitionen vornehmen, sofern möglich

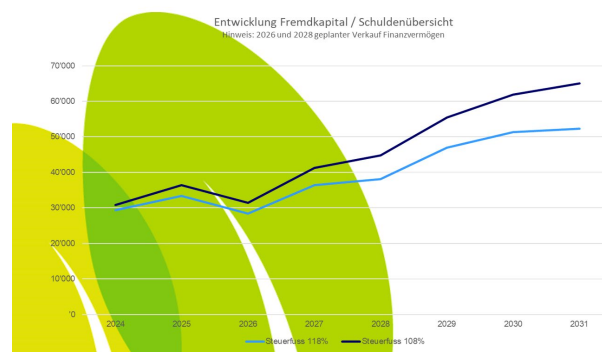
Soweit die Ausgangslage für den Gemeinderat nach der 2. Lesung des Budgets 2024. Wir haben gesehen, dass weitere Einsparungen wirklich nicht mehr möglich sind. Somit wurde die Steuerfusserhöhung unausweichlich. Mit dem Berechnungstool des Kantons konnte der Gemeinderat zusammen mit unserem Leiter Finanzen verschiedenste Modellrechnungen mit jeweils wechselnden Parametern (z. B. Teuerung/Zinssatz Fremdkapital/Steuerfuss/Entwicklung Bevölkerungszahl/Investitionen) simulieren. Dabei zeigte sich, dass erst bei einem Steuersatz von 118 Prozent eine markante Verbesserung der finanziellen Situation ersichtlich wird. Eine Erhöhung um 7, 8 oder 9 % würde uns längerfristig nichts bringen. Der Anstieg der Schulden verlangsamte sich erst mit den geforderten 118 %. Dadurch weisen die Gesamtergebnisse der Plan- und Folgejahre positive Werte auf und der Selbstfinanzierungsgrad verbesserte sich. Auch das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht konnte auf Fr. -790'000 gesenkt werden. Zum Vergleich: Das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht 2024 betrug vor der 2. Lesung Fr. -9'270'000.--.

Die folgenden Folien zeigen die entsprechenden Werte bei der Nettoschuld, dem Gesamtergebnis, bei den Schulden und dem Eigenkapital bei einem Steuersatz von 108 Prozent sowie von 118 Prozent.

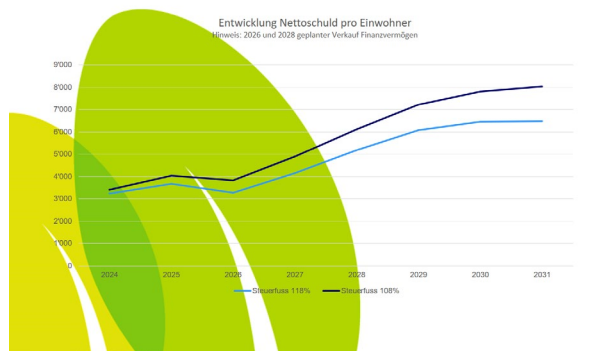
 BUCHS



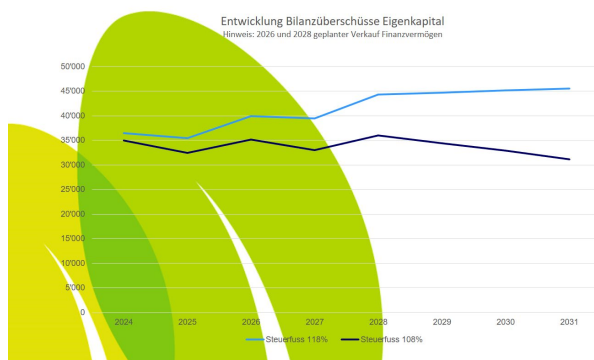
 BUCHS



 BUCHS



 BUCHS



Herr Samuel Hasler: Ich glaube, keiner hier im Saal ist mit der heutigen Situation zufrieden. Keiner wollte ein solches Budget. Trotzdem sind wir nun mit diesem Budget, welches eine Steuerfusserhöhung von 10 % vorsieht hier konfrontiert und müssen eine Lösung finden. Eine Lösung finden wird aber sehr unterschiedlich interpretiert. Für die SVP heisst eine Lösung zu finden, ein Budget zu kreieren, welches für das Volk und die Gemeinde annehmbar ist. Ein Budget, bei welchem sämtliche Ausgaben konsequent, schonungslos und offen geprüft werden. Bei welchem wir uns überlegen, ob eine Ausgabe gerechtfertigt ist und ob das Preisschild stimmt. Wir sind der Meinung, dass das vorliegende Budget keine Lösung ist. Das Budget wird vom Volk höchstwahrscheinlich nicht goutiert und wird Schiffbruch erleiden an der Urne. So wie bereits bei der letzten Steuerfusserhöhung von 2019, als wir "nur" von 8 % gesprochen haben und das Volk zweimal deutlich Nein gesagt hat. Böse Zungen würden jetzt sagen, das wäre das Ziel von Gemeinde- und Einwohnerrat. Er präsentiert ein Budget nach seinem Wunsch, das Volk sagt Nein aber der Regierungsrat wird es wieder einmal richten. Für die SVP ist das ganz klar keine Lösung. Wir sind der Meinung, es braucht ein mehrheitsfähiges Budget, mit welchem Buchs bestimmt, akzeptiert und trägt, ohne Intervention des Kantons. Wir sind klar der Meinung, dass das Budget überarbeitet werden muss. Wir stellen daher den **Antrag auf Rückweisung** des Budget 2024 an den Gemeinderat mit dem Auftrag, ein Budget 2024 vorzuweisen, das eine maximale Steuerfusserhöhung von 5 % vorsieht. Gerne würden wir ganz auf eine Steuerfusserhöhung verzichten, jedoch ist es unserer Meinung nach nicht möglich, innerhalb von drei Monaten dermassen viele Anpassungen vorzunehmen. Zahlreiche Verträge und Reglemente verpflichten uns zu verschiedensten Ausgaben, auf die wir als Gemeinde keinen Einfluss haben, bei denen wir blind bezahlen müssen. Wollen wir Einfluss darauf nehmen, braucht es Zeit, die Verträge und Reglemente anzupassen. Selbstverständlich steht es dem Einwohnerrat frei zu entscheiden, ob er will, dass der Gemeinderat diese Budgetanpassungen vornimmt, oder ob wir als Volksvertreter das übernehmen. Die SVP ist selbstverständlich bereit, sollte der Einwohnerrat das Budget selber zu Ende beraten wollen. Wir hoffen daher auf eine kurzweilige Sitzung.

Herr Andreas Dober: Für eine Gemeinde gibt es inhaltlich gewiss schönere Dinge zu diskutieren als den Finanzhaushalt, es gibt jedoch kaum wichtigere - insbesondere dann, wenn eine Gemeinde mit einer hohen Verschuldung kämpft und mit einem grossen angestauten Investitionsbedarf konfrontiert ist. Als Basis diskutieren wir heute eine Steuerfusserhöhung, welche mit 118 % substanziell ist. Noch im Frühjahr wurde bekräftigt, dass bis auf weiteres nicht mit einer Steuererhöhung zu rechnen sei. Wenige Monate später haben wir ein genaueres Verständnis darüber, was bezüglich Modernisierung und Entwicklung der Kreisschule auf uns zukommt. Die bevorstehenden Investitionssummen sind riesig, gerade im Verhältnis zu unseren jährlichen Steuererträgen. Innert kürzester Frist, über die Sommermonate, hat man die neuen Erkenntnisse zum Investitionsbedarf aufgearbeitet und liess sie ins Budget 2024 und den vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan einfließen - das war eine komplexe und umfangreiche Aufgabe, welche aus meiner Sicht gut erledigt wurde. Mit Wahrscheinlichkeit und Gewichtung versucht man, der hohen Ungewissheit, die den Investitionsplänen zugrunde liegt, Rechnung zu tragen. Das Budget 2024 liegt vor und bildet die Grundlage für die Erhöhung des Steuerfusses um satte zehn Prozent. Eine Steuererhöhung in diesem Ausmass trifft alle, dies in einer Zeit, in welcher die Buchser/innen ohnehin mit steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert sind - Miete, Energie, Krankenkasse, Grundnahrungsmittel etc. Doch ist der vorgeschlagene Steuerfuss von 118 % adäquat? Ist es die richtige Höhe? Schöpft das vorliegende Budget vorhandene Sparpotenziale aus und werden mögliche Mehrerträge erzielt? Es geht mir nicht darum, den Gemeinderat zu diskreditieren oder das vorliegende Budget zu kritisieren. Viel mehr sind wir der Ansicht, dass es als Einwohnerrat unsere Pflicht ist, den Finanzhaushalt unserer Gemeinde kritisch zu hinterfragen und der Gemeinde ein Budget zu präsentieren, das mehrheitsfähig ist. Dazu braucht es kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander und es braucht Zeit zur Aufarbeitung. Um das Budget nicht nur plump zurückzuweisen, haben wir nach Sparpotenzial gesucht. Wir sehen z. B. im Bereich der Liegenschaften im Finanzvermögen Sparpotenzial: Für die Altliegenschaften an der Mitteldorfstrasse und den Perimeter Dorfmetzg sind 2024/2025 für Studien, Nutzungskonzepte und Wettbewerbe alleine Fr. 850'000.-- budgetiert. Wäre es unter den gegebenen Umständen nicht sinnvoller, die Parzellen zeitnah

an einen professionellen Immobilienentwickler zu veräussern? Die neue BNO mit Pflichtgestaltungsplan würde das Mitspracherecht der Gemeinde nach wie vor sicherstellen. Die budgetierten Ausgaben würden eingespart und durch den Verkaufserlös wären Verschuldung, Eigenfinanzierungsgrad und Zinsdienst unmittelbar deutlich verbessert. Vor diesem Hintergrund hat die glp ebenfalls einen Rückweisungsantrag vorbereitet, welcher demjenigen von Samuel Halser ziemlich entspricht. Daher stimmen wir dem Rückweisungsantrag zu.

Herr Beat Spiess: Worin besteht der Unterschied zwischen dem vorliegenden Rückweisungsantrag und dem Rückweisungsantrag aus der FGPK?

Die Präsidentin liest den Rückweisungsantrag aus der FGPK und den vorliegenden Rückweisungsantrag von Samuel Hasler vor.

Herr Samuel Hasler: Wir lassen dem Gemeinderat mit dem vorliegenden Rückweisungsantrag offen, was er mit dem Aufwandüberschuss macht. Wir verlangen nur eine maximale Steuerfusserhöhung von 5 %.

Frau Heidi Niedermann: Wie bereits im Votum zum Aufgaben- und Finanzplan erwähnt, erachtet die Mitte Fraktion die Steuerfusserhöhung um 10 % als eine zu grosse Belastung für die Bevölkerung. Wir wären mit einer Steuerfusserhöhung von 5 % auch einverstanden.

Herr Andreas Burgherr: Wir haben in der FGPK zur Genüge hin und her diskutiert. Ich habe das Budget ebenfalls 16, 17 Stunden lang gewälzt. Und eigentlich können wir sagen was wir wollen. Wir brauchen dieses Geld. Wir können uns nur überlegen, wie weit wir die Bugwelle noch vor uns herschieben wollen oder eben nicht. Es kann sein, dass es besser wird, als im Aufgaben- und Finanzplan prognostiziert. Aber habt ihr die beiden positiven Auswirkungen auf den Folien von Tony Süess gesehen. Die sind nur, weil wir zwei Mal Tafelsilber verkaufen. Der höhere Steuerfuss kann vielleicht dazu beitragen, dass wir weniger verkaufen müssen. Denn was wir verkauft haben, ist weg. Insofern nützt es nichts, wenn wir den Steuerfuss um 5 % erhöhen und in einem oder zwei Jahren nochmals erhöhen müssen. Das macht uns unglaubwürdig. Lieber haben wir die Erhöhung jetzt. Wir können darüber diskutieren, ob die Kommunikation anders hätte gemacht werden können. Aber wir hatten nun zwei Jahre grosse Defizite. Im letzten Aufgaben- und Finanzplan stand, dass etwas unternommen werden muss, wenn dann alles klar ist. Nun ist klar, dass wir etwas machen müssen. Es ist in unseren Augen unsere Pflicht, gesunde Finanzen zu stellen und das geht nun leider nur so. Anstatt die Energie in ein Budget zu stecken, bei welchem Streichungen weh tun, investieren wir lieber in die Kommunikation und in den Glauben an unsere Gemeinde. Wir investieren in unsere Gemeinde, das kostet zwar etwas, dafür sind wir in zehn Jahren noch Buchs. Daher kann ich dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Marius Fedeli: Wir von der Fraktion SP und Grüne unterstützen keine Anträge, welche unter 118 % gehen. Wir haben bereits bei den letzten Budgets erklärt, dass wir nicht einverstanden sind. Wir wollen mindestens ein ausgewogenes Budget.

Herr Tobias Studiger: Ich danke Andreas Burgherr für sein Votum, er hat mir aus dem Herzen gesprochen. Vieles kann ich eins zu eins unterstützen. Kürzungen können gemacht werden, das ist mir klar. Aber die Kürzungen werden massiv weh tun. Das Budget, welches wir viele Stunden studiert haben, machte uns den Eindruck, dass die Kürzungen, welche noch drin liegen uns alle einschneidend treffen werden. Die Vereine würden vor allem darunter leiden, die Verbände, welche Kleinstbeträge erhalten, welche für sie vermutlich wichtig sind. Der Gemeindesaal macht im Jahr Fr. 200'000.-- Schulden. Wenn wir den Schlüssel drehen und nach Hause gehen, glaube ich nicht, dass es unserem Vereins- und Dorfleben guttun würde. Diese 118 % erachten wir als nötig, um langfristig ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Was wir hier machen, ist das Resultat der Abstimmung im Februar 2019. Dort haben wir über den

Zukunftsraum abgestimmt. Ein Teil von euch, die nun Kürzungen machen wollen, haben dazumal nein gesagt zum Zukunftsraum. Wir müssen nun die Kosten dieser Abstimmung tragen.

Herr Beat Spiess: Wir haben immer davon gesprochen, dass wir keine Steuererhöhung auf Vorrat machen. Man hat auch davon profitiert, dass die Steuern bisher nicht erhöht wurden. Das rückwirkend einzugestehen fällt offenbar schwer. Heidi Niedermann hat in ihrem ersten Votum die Begründung der steigenden Kosten gegeben. Aber ist es die Aufgabe der Gemeinde dies zu kompensieren? Wir haben Arbeitgeber, welche Lohnerhöhungen zahlen können, wir haben die AHV und Pensionskassen, welche dem nachgeben müssen und wir haben die Nationalbank, welche die Preise stabilisieren sollte. Es ist nicht unmittelbar eine Aufgabe der Gemeinde hier ein Pflaster zu verteilen.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Samuel Hasler

Das Budget 2024 sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dieser wird beauftragt, auf die kommende Einwohnerratssitzung ein Budget vorzuweisen, das eine maximale Steuerfusserhöhung von 5 % vorsieht.

Der Antrag wird mit 22 : 15 Stimmen abgelehnt.

BERICHT ZUM BUDGET

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ERFOLGSRECHNUNG

Herr Daniel Albrecht: Artengliederung ...3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Wir stellen folgenden **Antrag**: Die geplante Erhöhung der Lohnsumme um 2.5 % sei zu reduzieren auf 1.5 %. Die betroffenen Kontoposten seien entsprechend anzupassen. Wir sind uns natürlich bewusst, dass die Verwaltung und das Betriebspersonal gute Arbeit leistet und dies auch entsprechend entlohnt werden soll. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde sind wir aber der Ansicht, dass wir uns nur eine Erhöhung um 1.5 % leisten können. Aus diesem Grund bitte ich euch, diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Marius Fedeli: Wir müssen uns bewusst sein, was eine Lohnerhöhung für unsere Gemeindeangestellten bedeutet. Ich bin der Meinung, dass wir gute und fähige Leute auf der Gemeinde haben. Wir alle wissen, dass es auf der Verwaltung ein Vakuum gibt, es sind mehr Stellen vorhanden als besetzt. Ich sage euch eines, diejenigen die auf unserer Gemeinde einen guten Job machen, werden gehen, wenn wir die Lohnerhöhung streichen und wir würden gute Leute verlieren. Ich möchte das nicht und stimme dem nicht zu. Zeigt etwas Wertschätzung gegenüber von unseren Gemeindeangestellten.

Herr Patrik Feusi: Ich unterstütze das Votum von Marius Fedeli, ich sehe das genau so. Wir haben Fachkräftemangel. Unsere Gemeindeangestellten machen einen sehr guten Job und sie sind sicher nicht sehr fürstlich entlohnt. Ich kann nur sagen, wenn wir dem nicht stattgeben und zu unseren Angestellten keine Sorge tragen, werden wir durch eine starke Fluktuation Mühe haben Leute zu finden und sie anzustellen. Ich finde das wäre nicht verantwortungsvoll und lehne daher den Antrag ebenfalls klar ab.

Abstimmung über Antrag von Daniel Albrecht

Die geplante Erhöhung der Lohnsumme um 2.5 % sei zu reduzieren auf 1.5 %. Die betroffenen Kontoposten seien entsprechend anzupassen.

Dieser Antrag wird mit 27 : 10 Stimmen abgelehnt.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Konto 0220.3090.00 Aus- und Weiterbildung. Für Fr. 9'100.-- ist ein Nothelferkurs für das gesamte Gemeindepersonal vorgesehen. Wir von der SVP sind der Meinung, dass die meisten ein Autobillet und damit einen Nothelferkurs haben. Aus diesem Grund möchten wir auf diesen Budgetposten verzichten. **Antrag**: Der Aufwand im Konto 0220.3090.00 sei auf Fr. 10'000.-- (- Fr. 9'100.--) zu reduzieren.

Herr Tobias Studiger: Ich muss da dagegenhalten. Es gibt nichts wichtigeres als die Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Wenn im Gemeindehaus etwas passieren sollte, soll eine anständige Versorgung sichergestellt werden. Es sollen Leute da sein, die wissen was sie tun. Ich glaube hier sparen wir am falschen Ort. Sollte etwas passieren und es kann nicht geholfen werden, sind die Folgekosten dramatisch und wir geben mehr aus als dass wir sparen.

Abstimmung über den Antrag von Sandra Meier-Jaisli

Der Aufwand im Konto 0220.3090.00 sei auf Fr. 10'000.-- (- Fr. 9'100.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 28 : 9 Stimmen abgelehnt.

Herr Fabio Toma: Artengliederung ...3102.00 Drucksachen, Publikationen. Wir sind in einem digitalen Zeitalter, in dem vieles per Mail verschickt wird. Kurz gesagt, es kann alles papierlos verschickt werden. Wir möchten daher im betroffenen Konto Fr. 4'700.-- sparen und stellen den entsprechenden **Antrag**.

Abstimmung über den Antrag von Fabio Toma

Die gemäss Artengliederung dargestellte Erhöhung des Kontoaufwandes sei auf Fr. 70'000.-- (- Fr. 4'700.--) zu reduzieren. Die betroffenen Kontoposten seien entsprechend anzupassen.

Der Antrag wird mit 28 : 9 Stimmen abgelehnt.

Herr Samuel Hasler: Konto 0120.3170.00 Entschädigungen. **Antrag**: Der Aufwand im Konto 0120.3170.00 sei auf Fr. 11'000.-- (- Fr. 1'000.--) zu reduzieren. Wir sind der Meinung, dass die Entschädigung des Gemeinderats auf die vom Einwohnerrat beschlossenen Spesen beschränkt werden soll.

Herr Tobias Studiger: Ich weiss nicht worüber ich abstimmen soll. Es ist ein Betrag von Fr. 12'000.-- budgetiert. Wenn ich nicht weiss was darin enthalten ist, kann ich nicht ja oder nein sagen.

Herr Samuel Hasler: Ich habe abgeklärt was darin enthalten ist. Der Einwohnerrat hat für diese Legislatur über das Besoldungsreglement abgestimmt. Neben dem Lohn haben wir auch Spesen von Fr. 3'000.-- für den Gemeindepräsidenten und Fr. 2'000.-- für die weiteren Gemeinderatsmitglieder bewilligt. Das gibt total Fr. 11'000.--. Im Budget sind weitere Fr. 1'000.-- für Repräsentationen eingestellt. Darauf wollen wir verzichten.

Abstimmung über Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 0120.3170.00 sei auf Fr. 11'000.-- (- Fr. 1'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 28 : 8 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Marius Fedeli reicht folgenden **Ordnungsantrag** ein: Die Diskussion zum Budget sei zu beenden. Es sei zur Abstimmung auf S. 44 gemäss Antrag des Gemeinderats zu kommen.

Herr Samuel Hasler: Ich finde das einen fragwürdigen Antrag. Wenn man sich der Aufgabe und der Diskussion entziehen möchte. Es ist unsere Aufgabe als Volksvertreter das Budget zu kreieren und dem Volk vorzulegen. Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht gemäss Gemeindeordnung und gemäss Einwohnerratsreglement, dass wir dieses Budget durchgehen und unsere Verantwortung gegenüber dem Volk, den Steuerzahlern wahrnehmen. Daher empfinde ich das als Arbeitsverweigerung. Wir haben Vorschläge wie das Budget aussehen könnte, damit es mehrheitsfähiger wäre, ein Budget welches Kosteneinsparungen vorsieht aber auch mehr Ertrag generieren kann. Ich finde es schade, wenn man nach nur vier Anträgen bereits aufhören möchte. Etwas Sitzleder habt ihr doch bestimmt noch.

Herr Tobias Studiger: Damit ich mir eine Meinung bilden kann, würde es mich wundernehmen, wie viele Anträge von dir Samuel Hasler noch kommen. Sind es weitere 50 Anträge über rund Fr. 1'000.-- oder kommt noch etwas mit Fleisch am Knochen. Wenn etwas kommt, hinter dem ich stehen kann und das den Wert zum Diskutieren hat, halten wir uns doch daran. Ich erinnere mich an die Diskussion vor Jahren, bei welcher Marc Jaisli mit diversen Anträgen kam, bis er resigniert hat, weil alles abgelehnt wurde. Geht es in diese Richtung oder kommt noch etwas?

Herr Samuel Hasler: Ja, es hat Fleisch am Knochen. Klar es sind einige kleine Beträge, es gibt aber auch solche im fünf- oder sechsstelligen Bereich. Das ganze Dossier das wir einreichen wollen sieht Streichungen im Umfang von knapp 1 Mio. Franken vor. Es sind Anträge über Fr. 1'000.--, Fr. 20'000.--, Fr. 100'000.-- einer ist schätzungsweise rund Fr. 200'000.--, bei einem schätze ich Fr. 500'000.--. Wir sind gewollt das zu präsentieren und wir sind gewollt zu zeigen, dass wir das Budget durchgekaut haben und lösungsorientiert sind.

Herr Reto Bianchi: Als gewählter Einwohnerrat möchte ich heute meine Arbeit erledigen. Ich fühle mich nun ziemlich beschnitten durch den Ordnungsantrag. Aus diesem Grund bin ich dagegen.

Herr Andreas Burgherr: Marc Jaisli wurde bereits von Tobias Studiger zitiert. Ich hätte diese Anträge gerne mit dir, Samuel Hasler, bereits in der FGPK diskutiert. Dafür ist sie da. Wenn ihr diese Anträge erst im Rat bringt, habt ihr eure Aufgabe nicht erledigt. Genau diese Sachen gehören in die FGPK. Es enttäuscht mich ein wenig, denn wir haben uns dort viel Zeit genommen und sind das Budget Position um Position durchgegangen. Wir haben einmal bis nach 23.00 Uhr darüber diskutiert. Dort haben wir nie von sechsstelligen Beträgen gesprochen. Ich will meine Arbeit auch nicht verweigern, aber das finde ich schade.

Herr Marius Fedeli: Ich möchte meine Arbeit als Einwohnerrat ebenfalls machen, jedoch möchte ich auch meine Arbeit als FGPK-Mitglied machen. Ich habe dort die Anträge der SVP sehr vermisst. Stand Montag haben uns die beiden gewählten SVP-Mitglieder nicht sagen können, wo sie das Geld sparen möchten. Ich fühle mich vor den Kopf gestossen, wenn zwei Tage später ein solches Dossier von Anträgen kommt. Ich bin gespannt was ihr hier noch präsentiert und **ziehe den Ordnungsantrag deshalb zurück**.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Konto 0290.3130.00 Dienstleistungen Dritter. Ich stelle im Namen der SVP folgenden Antrag. Es ist vorgesehen, dass im ganzen Gemeindehaus für Fr. 6'000.-- Hydrokulturgefässe angeschafft werden. Unserer Ansicht nach ist auch das kein riesiger Betrag, aber doch ein Betrag, auf welchen verzichtet werden kann. Daher stelle ich den **Antrag**: Der Aufwand im Konto 0290.3130.00 sei auf Fr. 900.-- (- Fr. 6'000.--) zu reduzieren.

Herr Marius Fedeli: Das ist einer der wenigen Anträge, bei dem ich eurer Meinung bin. Frage an euch, warum wurde der Beitrag nicht ganz gestrichen?

Herr Patrik Feusi: Ich finde es amüsant über Hydrokulturgefässe zu sprechen. Aber ganz ehrlich, wir haben eine FGPK, welche in zwei Sitzungen das Budget mit dem Gemeinderat besprochen hat. Ich habe

das feste Vertrauen in den Gemeinderat, dass er dieses Budget mit bestem Wissen und Gewissen erstellt hat zusammen mit den Verwaltungsangestellten. Die werden wohl gewusst haben, warum diese Hydrokulturfässer budgetiert wurden und warum der Gemeinderat den Betrag ins Budget aufgenommen hat. Wenn ihr wollt, dass ich über jeden einzelnen Posten meine Stimme abgebe, müsste ich von der Verwaltung die Hintergründe kennen, warum die Posten im Budget drin sind. Ich werde das Budget vorbehaltlos annehmen, weil ich das Vertrauen in den Gemeinderat und in die Verwaltungsangestellten habe und warte darauf, bis du deinen Antrag wieder stellst Marius Fedeli. Ich werde ihn annehmen.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Eine kurze Erklärung zur Frage von Marius Fedeli. Im budgetierten Betrag ist noch ein Serviceabo für die Alarmanlage von Fr. 900.-- enthalten.

Abstimmung über den Antrag von Sandra Meier-Jaisli

Der Aufwand im Konto 0290.3130.00 sei auf Fr. 900.-- (- Fr. 6'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 24 : 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) angenommen.

Herr Marc Jaisli: Konto 0290.3111.00 Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge. **Antrag:** Der Aufwand im Konto 0290.3111.00 sei auf Fr. 1'000.-- (- Fr. 20'000.--) zu reduzieren. Angesichts der aktuellen Finanzlage muss sorgsam mit den Steuergeldern umgegangen werden. Auf Besprechungsboxen muss daher verzichtet werden.

Herr Tobias Studiger: Ich muss euch leider Recht geben, darüber können wir diskutieren. Es fällt mir zwar schwer, denn man sollte die Leute eigentlich nicht von der Arbeit abhalten. In der FGPK haben wir die klare Antwort erhalten, dass zu wenig Raum zur Verfügung steht. Ich denke aber, hier müssen andere Lösungen in Erwägung gezogen werden.

Herr Joel Blunier: Die Frage zu den Fr. 20'000.-- ist durchaus berechtigt. Wie ihr wisst, haben wir den Vertrag mit der Caritas aufgelöst. Das heisst wir sind nun selber für die Aufgabenerfüllung verantwortlich. Auf der einen Seite haben wir die Kosten von rund Fr. 190'000.-- für das Mandat an die Caritas nicht mehr, auf der anderen Seite müssen wir nun aber alle Gespräche mit den Flüchtlingen - welche vorher in den Räumlichkeiten der Caritas geführt wurden - selber durchführen. Das sind nicht wenige. Wir haben im Gemeindehaus schlicht zu wenig Platz. Klar wir können auf eine Bank auf dem Bärenplatz und dort das Gespräch führen, aber vermutlich ist das nicht opportun. Wir haben wirklich ein Problem im Gemeindehaus und können dort die Gespräche nicht durchführen. Anstelle eines externen Standorts oder einer teuren Umbaute innerhalb des Hauses, ist dies die günstigste und flexibelste Variante um den dringend notwendigen Besprechungsraum für diese Gespräche zu schaffen. Im Prinzip kann gesagt werden, die Fr. 20'000.-- sind in den Einsparungskosten durch den Wegfall des Caritasvertrags enthalten.

Frau Denise Zeller Xenaki: Hat man die Sitzungszimmer im Gemeindesaal in Betracht gezogen? Diese könnten ebenfalls für Besprechungen genutzt werden, da die Räume bisher sehr wenig genutzt werden.

Herr Joel Blunier: Es liegt kein Konzept für die Nutzung der Räume für diese Besprechungen vor. Wenn die Nutzung dieser Räume hier wegfällt, können sie anderweitig nicht mehr verwendet werden. D. h. sie müssten fix für diese Besprechungen reserviert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sicherheit der Mitarbeitenden. Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste müssten diese Gespräche in einem Setting führen können, in welchem sie auch einen gewissen Schutz erfahren. Im Gemeindehaus ist dieser Schutz gegeben. Werden die Gespräche extern gemacht und die betreuende Person ist dann hier oben alleine mit den Klienten in einem Raum, ohne dass weitere Personen hier sind, die zur Hilfe gerufen werden könnten, ist das ein Sicherheitsrisiko.

Herr Dieter Stüssi: Es ist eine Frage der Organisation. Diese Räume hier werden vor allem am Abend von den Vereinen genutzt. Die Gespräche wiederum finden am Tag statt. Somit besteht keine Konkurrenz. Wenn man das richtig organisiert und z. B. Gesprächsnachmittage macht, bei denen mehrere Personen der Sozialen Dienste hier anwesend sind, können sie sich gegenseitig schützen. Ich glaube das ist durchaus möglich und ich finde diesen Hinweis sehr gut.

Frau Barbara Fäh: Dieter Stüssi, es geht um Ressourcen. Sobald mehrere Personen anwesend sein müssen, dass alles sicher ist, generiert das weitere Kosten. Wir alle wollen sparen. Da es nun nicht mehr über die Caritas läuft, braucht es mehr Ressourcen für die Sozialen Dienste. Mit der Idee zwei oder mehrere zu haben, sehen wir wohl alle, dass das zu Mehrkosten führen würde, welche höher wären als Fr. 20'000.--.

Herr Dieter Stüssi: Es müssen ja nicht mehr Personen anwesend sein. Man kann organisieren, dass alle Gespräche z. B. an einem Nachmittag stattfinden, dann sind mehrere Personen von der Verwaltung hier. Es braucht also keine zusätzliche Person.

Herr Reto Bianchi: Ich stelle mir das sehr schwierig vor. Ich habe als Sozialarbeiter gearbeitet. Es würde bedeuten, dass alle die an einem Fall wären, hier rüber müssten. Man müsste zudem die EDV einrichten etc. Dieter Stüssi, du hast nicht auf einem Sozialdienst gearbeitet. Ich unterstütze diese Box. Sie muss nahe sein, sodass die Wege kurz sind und jemand da ist. Wenn jemand randaliert dauert es lange bis die Polizei vor Ort ist. Daher unterstütze ich die Box genauso wie sie beantragt wird.

Abstimmung über den Antrag von Marc Jaisli

Der Aufwand im Konto 0290.3111.00 sei auf Fr. 1'000.-- (- Fr. 20'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit **25 : 10 Stimmen** (bei 2 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Herr Daniel Albrecht: Konto 0220.3162.01 Miete Kopiergeräte. Wir haben in diesem Konto noch weiteres Sparpotenzial gefunden. Wir sind der Meinung, dass der Aufwand auf Fr. 13'000.-- reduziert werden könnte. Ich stelle den **Antrag** den budgetieren Betrag um Fr. 1'400.-- zu reduzieren.

Herr Marius Fedeli: Meiner Meinung nach haben wir einen bestehenden Mietvertrag. Wie wollt ihr aus diesem laufenden Vertrag aussteigen? Ist das überhaupt möglich?

Herr Patrick Bleuer, Leiter Finanzen: Wir haben bestehende Mietverträge, d. h. es wird schwierig, dies im Budget 2024 umzusetzen. Die Vertragslaufzeit müsste ich kurz abklären.

Herr Samuel Hasler: Meines Wissens sind die Mietverträge im Druckerbereich nach Stückzahl, sprich je mehr gedruckt wird, desto mehr muss bezahlt werden. Entsprechend könnte doch eine Budgetkürzung vorgenommen werden indem weniger gedruckt wird und somit weniger Kosten entstehen würden.

Herr Patrick Bleuer, Leiter Finanzen: Es ist klar, es gibt nichts gratis auf Klick. Wir sind noch nicht in diesem Bereich, in dem wir nur für den Klick bezahlen. Die Bereitschaft des Druckers ist an 220 Arbeitstagen gegeben. Diese Bereitschaft kostet ebenfalls etwas und ist in diesem Mietvertrag entsprechend enthalten. Dazu kommt, dass wir pro Klick sprich pro Kopie - je nach Art, doppelseitig, farbig, schwarz/weiss - eine entsprechende Klick-Gebühr bezahlen. D. h. man könnte es in diesem Sinne nicht umsetzen, dass wir aus dem Vertrag einfach so aussteigen könnten.

Herr Beat Spiess: Ich bin nicht amüsiert über diese Diskussion. Ich denke wir haben diese Fragen bereits in der FGPK gestellt. Es wurde uns auch gesagt, dass die Kopiergeräte gebraucht werden, weil vermehrt

intern gedruckt wird. Ich vertraue dieser Aussage. Ich weiss nicht wozu wir eine FGPK haben, denn wir haben intensiv gearbeitet und diese Punkte untersucht. Nun kommen diese Punkte von FGPK-Mitgliedern wieder aufs Tapet. Ich denke wir verschwenden unsere Zeit.

Herr Daniel Albrecht: Aufgrund dieser Voten **ziehe ich den Antrag zurück**.

Herr Samuel Hasler: Bevor ich zu meinem Antrag komme, möchte ich noch eine kurze Rückmeldung machen an Beat Spiess: Daniel Albrecht ist nicht Mitglied der FGPK, ich hoffe das weisst du als Präsident. Des Weiteren möchte ich noch kurz zu den Voten bezüglich FGPK etwas sagen. In der ersten Sitzung stellt man Fragen, in der zweiten Sitzung bekommt man die Antworten. Danach muss man natürlich in der Fraktion besprechen ob das gut ist oder nicht. Wir hatten am Dienstag Fraktionssitzung, die ging übrigens bis Mitternacht - ich hoffe heute geht es weniger lang - aber wenn man Ideen hat muss man diese abfassen und als Antrag bringen. Es tut mir leid, dass ich die Anträge nicht gestern Morgen und am Dienstag nacht verschickt habe. Nun zu meinem **Antrag**: Konto 0120.3170.01 Repräsentationskosten und Gebührenerlasse. Der Aufwand im Konto 0120.3170.01 sei auf Fr. 4'000.-- (- Fr. 4'000.--) zu reduzieren. Wir sind der Meinung, dass auch hier Sparpotenzial vorliegt.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Zu diesen Gebührenerlassen kann gesagt werden, dass die Vereine zu einem grossen Teil von diesen Beiträgen profitieren. Wenn ein Verein den Gemeindesaal mieten möchte, können sie um Gebührenerlass bitten und somit hat der Gemeinderat einen gewissen Spielraum. Dieser Spielraum ist eh schon relativ klein, die Anträge sind oft einiges höher. Wir machen mit diesem Betrag was wir können. Mit der Streichung schadet man ebenfalls dem Gemeinde- und Vereinsleben.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 0120.3170.01 sei auf Fr. 4'000.-- (- Fr. 4'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29 : 7 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Samuel Hasler: Konto 0220.3161.02 Miete Frankiermaschine. Ich stellen den **Antrag** der Aufwand im Konto 0220.3161.02 sei auf Fr. 600.-- (- Fr. 1'000.--) zu reduzieren. Wir haben in unserer Recherche festgestellt, dass Frankiergeräte ab einem Mietpreis von Fr. 20.-- pro Monat verfügbar sind. Zuzüglich Servicepaket von ca. Fr. 400.-- pro Jahr müsste es somit möglich sein eine Frankiermaschine für Fr. 600.-- pro Jahr zu mieten.

Herr Marius Fedeli: Kommen von anderen Fraktionen auch noch Anträge oder hat nur die SVP im Sinn in der weiteren Budgetdiskussion Anträge zu stellen?

Frau Heidi Niedermann: Die Mitte Fraktion hat keine weiteren Anträge mehr. Ich möchte aber nochmals zurückkommen. Mich würde interessieren, ob die SVP noch Anträge hat, welche Ausgabenreduzierungen in der Höhe der angekündigten vier- und fünfstelligen Bereichen bringt. Diese Anträge würden mich wirklich interessieren. Und sonst möchte ich auf den Ordnungsantrag, welcher Marius zu Beginn gestellt hat, zurückkommen und diesen gutheissen. Aber die Anträge mit einem so hohen Sparpotenzial - welche den Wert für eine Diskussion haben - würden mich interessieren.

Herr Samuel Hasler: Wir haben noch mindestens 7 Anträge die fünfstellig oder höher sind. Fünf Anträge sind im oberen vierstelligen Bereich. Der nächste wäre bei Fr. 7'000.-- dann folgt einer mit Fr. 15'000.--. Die höchsten liegen bei Fr. 106'000.-- und Fr. 160'000.--.

Herr Anton Kleiber: Wir haben die Frankiermaschine in diesem Jahr ersetzt und mussten einen neuen Mietvertrag abschliessen. Dieser wird nicht Budget-Relevant per 2024 aufgelöst werden können. Wenn man den Mietvertrag auflösen möchte, dauert das länger, so kurzfristig und Budget 2024-relevant geht das nicht.

Herr Samuel Hasler: **Rückzug des Antrags.**

Herr Gilbert Mühlemann: Beim Beitrag für das Bildungsnetzwerk ist ein Betrag von Fr. 7'000.-- vorgesehen. Wir sind dafür, dass dieser Beitrag gestrichen wird und der Aufwand im Konto auf Fr. 0.-- reduziert wird. Das Bildungsnetzwerk ist sicher eine sinnvolle Sache, für eine Gemeinde die jedoch eine Volksschule betreibt sehen wir den Sinn nicht. Daher stelle ich den **Antrag** auf Streichung.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Wir haben diesen Betrag im letzten Jahr ins Budget genommen (für 2023). Es ist nun am Entstehen. Ich habe darum gebeten, dass wir eines bis drei Jahre dort dabei sein können. Es wurde gestartet, es gab eine erste Information. Übrigens ist die Kreisschule als Volksschule neben anderen Playern auch dabei. Es ist erst am Entstehen. Wenn wir nach einem Jahr aussteigen, können wir nicht über den Nutzen entscheiden. Da müssten wir schon noch drei Jahre dabei sein um ein Fazit ziehen zu können. Das habe ich auch versprochen, als es um diesen Posten ging. Wenn wir den Betrag nun streichen, war der letzte Betrag wirklich für die Fühse. Es gibt Veranstaltungen, ich war auch schon an einer sehr spannenden Veranstaltung an der Bildung und Gewerbe regional zusammenkam. Daher war der Austausch ein sehr wichtiger Punkt. Es könnte auch sein, dass man so mal an ein Gewerbe kommt, welches sich dann hier ansiedelt. Die Vernetzung ist der Hauptpunkt. Sprechen wir von Attraktivität und Steuerzahlern könnte das auch ein Punkt sein, in dem man ins Gespräch kommt. Daher bitte ich um ein Zuwarten um ein bis zwei Jahre bis der Gemeinderat dann eine Rückmeldung machen kann über den Sinn des Bildungsnetzwerks.

Abstimmung über den Antrag von Gilbert Mühlemann

Der Aufwand im Konto 2191.3612.03 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 7'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29 : 5 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) abgelehnt.

Herr Reto Bianchi: Ich stelle den **Ordnungsantrag**: Wir beantragen, dass wir nur noch über Anträge abstimmen, welche Fr. 20'000.-- oder mehr betreffen.

Herr Samuel Hasler: Man merkt es ist schwierig, wenn man sparen möchte und Anträge bringt, die in diesem Rat etwas bewegen. Einerseits weiss ich nicht wie du auf diese Zahl kommst, ich finde das etwas willkürlich. Ich werde den Antrag sicher nicht unterstützen. Wir haben Anträge die darunter sind. Aber wir sind der Meinung, wenn wir sparen wollen, müssen wir die Kosten schonungslos, offen prüfen und kontrollieren ob sie notwendig sind.

Die Abklärungen haben ergeben, dass der gestellte Antrag nicht zulässig ist. Wenn dann müsste ein Antrag auf Abbruch der Diskussion gestellt werden. Der Antrag wird daher zurückgezogen.

Herr Marius Fedeli: Wenn der Antrag so nicht möglich ist, möchte ich die SVP wenigstens bitten, die fünfstelligen Anträge zu bringen. Ich glaube wir haben gesehen, dass bei tieferen Zahlen keine Mehrheit gefunden werden kann.

Frau Mersa Odzini: Ich finde es sehr interessant zu wissen, was hinter den Zahlen steckt, auch für die Bevölkerung. Konto 3210.3102.00 Anschaffung Bücher und Nonbooks. **Antrag**: Der Aufwand im Konto 3210.3102.00 sei auf Fr. 10'000.-- (- Fr. 15'000.--) zu reduzieren. Begründung: Angesichts der aktuellen

Finanzlage muss sorgsam mit den Steuergeldern umgegangen werden. Wir sehen hier Potenzial für Einsparungen. Zudem ist die Bibliothek gut befüllt mit Büchern.

Abstimmung über den Antrag von Mersa Odzini

Der Aufwand im Konto 3210.3102.00 sei auf Fr. 10'000.-- (- Fr. 15'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 27 : 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Gilbert Mühlemann: Konto 5450.3636.02 Gemeinschaftsförderung im Quartier. Aktuell sind Fr. 10'000.-- budgetiert. Unser **Antrag** schlägt vor, diesen Betrag zu streichen. Ein Quartierentwicklungskonzept muss nicht von der Gemeinde finanziert werden. Das können die Quartiere auch untereinander selber organisieren.

Herr Tobias Studiger: Ich habe es vorhin bereits gesagt. Mir ist wichtig, dass das Dorfleben nicht eingeschränkt wird. Hier geht es um Entwicklungen von Dorfzentren, den Lebensraum der Gesellschaft im Dorf und ich möchte hier beliebt machen den Betrag nicht zu streichen.

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Dieser Posten ist ein Legislaturziel des Gemeinderats. Das heisst nicht, dass er nicht gestrichen werden kann. Wir haben sehr viele Anfragen für die Finanzierung von Quartierfesten, sowie um Unterstützung von Aktivitäten in den Quartieren, welche wir in diesem Konzept regeln möchten und auf eine gute Basis bringen, damit die ganzen Unterstützungen dieser Aktivitäten fair behandelt werden können. Es ist uns wichtig, dass in den Quartieren etwas passiert. Diese Beiträge sind hier drin. Dazu kommen Sitzungsgelder für eine Ad-hoc Kommission auch bestehend aus der Bevölkerung. Wir werden keine externen Unterstützer dazu holen. Wir wollen von der Basis her ein Konzept entwickeln und die Finanzierung von Quartierfesten sicherstellen.

Herr Dieter Stüssi: Ich glaube man sollte auch die Eigenverantwortung der Leute fördern. Ich weiss von zahlreichen Quartierfesten, bei denen die Leute das zusammen gemacht haben. Ich glaube es ist nicht die Gemeinde, die alles finanzieren muss. Die Leute können ihr Vergnügen selber gestalten und auch selber bezahlen. Das ging verloren. Man ruft einfach bei der Gemeinde an und bittet um Fr. 1'000.--. Ich weiss von Quartierfesten bei denen es funktioniert. Ich weiss auch von solchen die nicht stattfinden. Ich bin der Meinung, das sollen die Bürger selber finanzieren und sich dafür einsetzen. Es liegt nicht an der Gemeinde. Vor allem nicht an einer Gemeinde die sparen muss.

Abstimmung über Antrag von Gilbert Mühlemann

Der Aufwand im Konto 5450.3636.02 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 10'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 28 : 7 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Herr Fabio Toma: Konto 5450.3636.01 Regionale Eheberatungsstelle. **Antrag**: Der Aufwand im Konto 5450.3636.01 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 10'000.--) zu reduzieren. Wir sind der Ansicht, dass dies in der aktuellen Finanzlage nicht drin liegt und eine kostenlose Eheberatung nicht Aufgabe der Gemeinde ist.

Herr Marius Fedeli: Es handelt sich um einen Vertrag mit den Nachbargemeinden. Können wir dort einfach so aussteigen?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich nehme an diesen Versammlungen teil. Es ist effektiv ein Zusammenschluss von mehreren Gemeinden. Ich habe es bereits in der FGPK gesagt. Es geht nicht darum eine Eheberatung durchzuführen, sondern darum ein Erstgespräch zu machen. Die Ehepaare

werden beraten, wie es weitergehen könnte. Eine eigentliche Eheberatung, welche über ein halbes oder ganzes Jahr dauert ist nicht Hauptaufgabe dieser Beratungsstelle. Es geht um ein Auffangnetz für alle die nicht wissen an wen sie sich wenden müssen oder wer ihnen helfen kann. Daher hat man dies regional koordiniert. Es liegt ein Vertrag vor. Es kann natürlich ein Austritt erfolgen, die Frage ist ob das sinnvoll ist.

Abstimmung über den Antrag von Fabio Toma

Der Aufwand im Konto 5450.3636.01 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 10'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29 : 8 Stimmen abgelehnt.

Herr Samuel Hasler: Konto 7690.3132.00 Honorar externe Berater. **Antrag:** Der Aufwand im Konto 7690.3132.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 20'000.--) zu reduzieren. Wir sind der Meinung, dass aufgrund der Finanzlage problemlos möglich ist, auf das Label Energiestadt zu verzichten. Es bringt uns unserer Meinung nach keinen nennenswerten Vorteil.

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Es geht hier um einen Aufwand für die Rezertifizierung Energiestadt, bei welcher es letzten Endes vom Kanton eine Rückerstattung gibt. Wenn wir diesen Aufwand nicht leisten, sind wir raus aus der Energiestadt.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 7690.3132.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 20'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 27 : 8 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

INVESTITIONSRECHNUNG

Herr Samuel Hasler: Bevor ich zu meinem Antrag komme, möchte ich erwähnen, dass wir einen Stapel Anträge ausgelassen haben. Diese hätten zusammen Kosten von rund Fr. 35'000.-- gespart, vorausgesetzt wir hätten sie durchgebracht. Es wären z. B. Beiträge für Vereine ausserhalb von Buchs wie z. B. ein Betrag fürs Kiff. Zu meinem **Antrag:** Konto 0290.5040.08 Werkhof Steinachermattweg. Der Aufwand im Konto 0290.5040.08 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 90'000.--) zu reduzieren. Wir sind ganz klar der Meinung, dass eine Investition in eine Photovoltaikanlage sinnvoll sein kann und Kosten senken kann. Bevor etwas solches gemacht wird, muss jedoch analysiert werden, was die entsprechende Anlage bringt, wie hoch der Verbrauch am entsprechenden Standort ist und wie teuer die Batterie ist etc. Solange keine solche Analyse vorliegt, sind wir nicht in der Lage einen solchen Betrag zu sprechen.

Herr Marius Fedeli: Ich bin sehr überrascht über diesen Antrag. Samuel Hasler hat an einer der letzten Sitzungen ein Postulat für Photovoltaikanlagen gestellt. Kannst du noch hinter deinem Postulat stehen?

Herr Samuel Hasler: Selbstverständlich stehe ich noch hinter dem Postulat. Ich habe im Postulat erwähnt, wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Wenn aufgezeigt wird, dass langfristig eine Ertragsquelle oder eine Kostensenkung möglich ist, bin ich sehr gerne bereit das Geld zu sprechen. Aber so habe ich keine Fakten um zu entscheiden und Geld zu sprechen.

Herr Tobias Studiger: Wir haben uns gerade dazu entschieden, die Energiestadt nicht zu streichen. Daher müssen wir vermutlich etwas dafür tun. Die Photovoltaik wird entsprechend Teil der Energiestadt sein. Die FDP hat dem Gemeinderat resp. der Verwaltung Informationen zum Thema Contracting abgegeben. Wir

werden diese Posten nicht bekämpfen - wir haben mindestens drei solche - aber wir wünschen uns, dass Contracting auf diesen Flächen geprüft wird, damit die Kosten reduziert werden können.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 0290.5040.08 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 90'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29: 6 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Herr Samuel Hasler: Konto 3291.5040.00 Gemeindesaal. **Antrag** Der Aufwand im Konto 3291.5040.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 160'000.--) zu reduzieren. Die Begründung ist dieselbe.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 3291.5040.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 160'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29 : 4 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) abgelehnt.

Herr Samuel Hasler: Konto 7710.5040.00 Abdankungshalle. **Antrag** Der Aufwand im Konto 7710.5040.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 106'000.--) zu reduzieren.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Der Aufwand im Konto 7710.5040.00 sei auf Fr. 0.-- (- Fr. 106'000.--) zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 29: 7 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

STEUERFUSS

Herr Samuel Hasler: Wir stellen den **Antrag**: Der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 113 % zu setzen (+ 5 %). Wir haben ganz klar gezeigt, dass sparen möglich ist und ein kostengünstigeres lösungsorientiertes Budget vorzulegen, welches nicht nur für die Gemeinde, sondern auch bei der Bevölkerung eine Chance hat. Wir sind sicher, dass 10 % vom Volk abgelehnt wird. 5 % hätte eine Chance. Wir sind mit einem Budget zufrieden, welches das Volk akzeptiert.

Herr Urs Truttmann: In den letzten paar Stunden haben wir dieses Budget auseinandergenommen. Und wir kommen genau zu dem Schluss wie die Kommission. Es gibt Ansätze, aber sie tun weh. Zu weh. Es sind Prüfungsansätze aber nicht mehrheitsfähige Ansätze. Was wir hier gut gemacht haben, ist 1.5 Stunden Wahlkampf veranstaltet. Es stört mich persönlich, dass man die Arbeit nicht dort macht wo man sollte, in den Gremien, sondern hier auf dem Parkett wo die Öffentlichkeit zusieht. Aber das ist mein Problem. Ich glaube den Konsens den man sieht ist, dass das Budget keine Luft drin hat, die mehrheitsfähig ist. Überall wo wir sparen tut es wirklich weh. Gehen wir im Umkehrschluss mit dem Steuerfuss nach unten, machen wir noch mehr Verlust. D. h. wir verschulden uns noch mehr. Daher ist ein solcher Antrag für mich nicht tragbar. Daher ist für mich klar, dass ich dem Gemeinderat und der Empfehlung der FGPK folgen werde.

Gegenüberstellung des Antrags von Samuel Hasler gegenüber dem Antrag des Gemeinderats

Antrag Samuel Hasler:

Der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 113 % zu setzen (+ 5 %).

Antrag des Gemeinderats:

Der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 118 % zu setzen (+ 10 %).

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 19 : 14 Stimmen (bei 2 Enthaltungen)

Antrag

Das Budget 2024 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 118 % (beinhaltet eine Steuererhöhung um 10 %) festzusetzen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 : 17 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Zu diesem Beschluss ist kein Referendum möglich. Das Budget ist dem zuständigen Organ (Einwohner-rat) gemäss § 88f des Gemeindegesetzes innert 60 Tagen erneut zu unterbreiten.

Erweiterung Kindergarten Triesch mit 1 Kindergartenabteilung. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. August 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Reto Bianchi, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Hiermit möchte ich mein Votum für die Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartenabteilung im Einzugsgebiet Risiacher abgeben. Die Analyse der Kreisschule Aarau-Buchs zur Schulraumplanung im Jahr 2022 zeigt, dass die Schülerzahlen in diesem Gebiet im Schuljahr 2024/25 um 20 Schülerinnen und Schüler ansteigen werden. Es wurde geprüft, ob eine Verteilung der zusätzlichen Kinder auf die bestehenden Kindergartenabteilungen möglich ist. Man musste aber schnell feststellen, dass dadurch die kantonale Regelung, die eine maximale Anzahl von 25 Schülerinnen und Schülern pro Abteilung vorschreibt, überschritten werden. Der Schulvorstand der Kreisschule Aarau-Buchs hat deshalb beim Gemeinderat Buchs die Bestellung einer zusätzlichen Kindergartenabteilung für dieses Einzugsgebiet beantragt. Die Ausgangslage ist klar. Gemäss den Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs § 18 ist für die Schulraumbestellung der Schulvorstand zuständig. § 25 der Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs besagt, dass die Schulanlagen durch die Standortgemeinden geplant, erstellt und betrieben werden. Die Anlagen sind nach den kantonalen Empfehlungen zu planen und zu erstellen. Die Kreisschule Aarau-Buchs ist einzubeziehen und auf ihre Bedürfnisse ist Rücksicht zu nehmen. Das vorliegende Projekt rechnet mit einem Aufwand von 2.2 Mio. Franken inkl. MwSt. Bei der Vorbereitung des Geschäfts wurden folgende Erwägungen gemacht: Zum einen ist der Zeitplan enorm sportlich. Es muss jetzt relativ schnell gehen, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Auch mit der aktuellen Lage, in denen die Baufirmen volle Auftragsbücher haben, ist es wichtig eine Entscheidung zu treffen, damit wir in der Planung weitermachen können. Für die Planung und Umsetzung war auch wichtig, dass geschaut wurde, was aus finanzieller Sicht möglich ist. Dem wurde bei der Planung Rechnung getragen. Weiter wurde überlegt, ob ein Einzelkindergarten in einem anderen Quartier entstehen soll. Die Arbeitsgruppe fand das aber weder pädagogisch noch funktional sinnvoll. Es wurde auch abgeklärt, ob weitere Kindergartenabteilungen nötig werden. Weiter wurde geprüft, für welchen Zeithorizont der Kindergarten gebraucht wird. Dabei stellte sich heraus, dass es sich um eine längerfristige Lösung handelt und die Investition nicht mit einem Provisorium umgesetzt werden kann - zumal wir in Buchs schon genügend Provisorien haben. Es wurde zudem geprüft ob Synergien mit weiteren anstehenden Projekten genutzt werden können. Auf dem neuen Kindergarten soll eine Solaranlage entstehen, welche beide Kindergärten mit Strom versorgen soll. Auch die alte Ölheizung wird durch einen Fernwärmeanschluss ersetzt. Zwischen den beiden Kindergärten wird ein gedeckter Durchgang entstehen. Der Aussenbereich soll ebenfalls angepasst werden. Das vorliegende Projekt ist aus meiner Sicht gut ausgearbeitet, durchdacht und es wurden in allen Punkten die nötigen Überlegungen gemacht. Wichtig ist, dass wir aufgrund des Zeitplans jetzt eine Entscheidung fällen müssen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren eine massive Teuerung vorliegt und die Auftragsbücher aktuell voll sind. Weiter sind auch die Materialien, welche verarbeitet werden, teurer geworden. In der FGPK gab es einen Rückweisungsantrag: "Das Geschäft "Erweiterung Kindergarten Triesch mit 1 Kindergartenabteilung. Kreditbegehren" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine günstigere Variante auszuarbeiten welche mind. Fr. 300'000.-- Kosteneinsparung aufweist." Dieser Rückweisungsantrag wurde mit 7 : 2 Stimmen abgelehnt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 2 Stimmen, für die Erweiterung des Kindergartens Triesch für eine zusätzliche Kindergartenabteilung sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000.-- inkl. MwSt.

(Kostenstand Juni 2023, Kostengenauigkeit $\pm 10\%$) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 2170.5040.06 zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Frau Andrea Blunier: Wir diskutieren heute Abend über den Kindergarten ausbau in Triesch. Dass wir über zwei Millionen für eine Kindergarten-Abteilung ausgeben müssen, lässt bestimmt den einen oder anderen leer schlucken. Wir könnten jetzt diskutieren, wie denn ein Schulraum aussehen muss, dass die Kinder gut lernen können und was dazu wirklich nötig ist. Wir gingen ja alle selbst in die Schule und können uns sicher erinnern, ob wir uns wohlgefühlt haben im Klassenzimmer oder nicht. Doch wir als Einwohnerrat haben nicht über das Raumprogramm und die Funktionalität der Schulräume zu befinden. Diese Vorgaben macht die Kreisschule in ihrem Richtprogramm, das für alle Schulstandorte gleichermaßen Gültigkeit hat. Nach wie vor besteht der Konsens, dass alle Kinder im Gebiet der KSAB in vergleichbaren Infrastrukturen beschult werden sollen. Wir als Gemeinde sind zu vergleichen mit dem Koch, der rechtzeitig das Menu auf den Tisch bringen muss, das der Gast bestellt hat und nicht über die Menükarte zu diskutieren hat. In Anbetracht des engen Zeitrahmens zwischen Bestellung und Bereitstellung im nächsten Sommer, liegt uns das bestmögliche Projekt vor. Drei Offerten sind eingegangen, das beste Projekt war auch das günstigste. Was auch zu erwähnen ist: Der hohe Kreditbetrag wird nur zum Teil durch den Bau verursacht. Auch der Kreditbetrag für die energetischen Massnahmen ist beachtlich: Einerseits die PV-Anlage auf dem Dach und andererseits der Ersatz der Ölheizung und der Anschluss ans Fernwärmenetz. Wir sind überzeugt: Wir investieren mit dem neuen Kindergarten in unsere Kinder. Unsere Kinder sind die Zukunft. Wir investieren mit diesem Bau auch in den Schutz unserer Umwelt, damit die Kinder überhaupt eine Zukunft haben. Die EVP-Fraktion ist darum dafür, dem Kreditbegehren für die Erweiterung des Kindergartens Triesch stattzugeben.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Wie bereits in der FGPK stellen wir auch hier im Rat den **Rückweisungsantrag**: Das Geschäft "Erweiterung Kindergarten Triesch mit 1 Kindergartenabteilung. Kreditbegehren" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine günstigere Variante auszuarbeiten welche mind. Fr. 300'000.-- Kosteneinsparung aufweist. Es ist uns bewusst, dass wir den Kindergarten brauchen und es ist uns auch bewusst, dass es eilt aber wir sind auch der Meinung, dass es einige Beispiele in der Region gibt, welche zeigen, dass es günstiger geht. In Widen wurde letztes Jahr z. B. ein Doppelkindergarten für 1.4 Mio. Franken gebaut. Ich denke das müsste auch hier möglich sein.

Herr Marius Fedeli: Ich werde den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Ich war in anderen Aargauer Gemeinden, in welchen noch keine Schulraumplanung vorliegt und auch viele Kinder beschult werden müssen. Dort werden nun Container aufgestellt. Wir haben die Schulraumplanung gemacht. Wir bezahlen vergleichsweise nicht viel mehr für guten Schulraum der lange hält. Container sehen nicht so hübsch aus und müssen irgendwann wieder ersetzt werden. Wir haben unsere Aufgaben in der Schulraumplanung erledigt, machen wir nun also etwas Richtiges anstatt Container aufzustellen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Eine Rückweisung würde bedeuten, dass wir im Prozess nochmals ganz vorne anfangen. Die Ausschreibungen müssten erneut gemacht werden. Das bedeutet eine Verzögerung von rund einem bis zwei Jahren. Wir müssten somit mit Container Übergangslösungen suchen. Die Mehrkosten müssten dann zum Projekt addiert werden. Zweitens finde ich es etwas vermessen. Wir haben in der Vorlage einen Vergleich mit anderen Kindergärten gemacht. Wenn dann ein anderer nicht vergleichbarer Kindergarten herangezogen wird, kann ich auch ein viel teureres Projekt zum Vergleich ziehen. Für einen Einzelkindergarten ist das Projekt eher teuer, aber wir haben auch gesehen, dass energetische Massnahmen umgesetzt werden, welche den Kindergarten auch etwas verteuern.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Sandra Meier-Jaisli:

Das Geschäft "Erweiterung Kindergarten Triesch mit 1 Kindergartenabteilung. Kreditbegehren" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine günstigere Variante auszuarbeiten welche mind. Fr. 300'000.-- Kosteneinsparung aufweist.

Der Antrag wird mit 29: 8 Stimmen abgelehnt.

Herr Tobias Studiger: Ich möchte noch ein Votum von leiser Kritik anbringen. Was mich etwas stört bei diesen Schulprojekten ist, dass wir regelmässig unter wahnsinnigem Zeitdruck stehen. Wir haben eigentlich keine andere Wahl, als die Projekte abzusegnen. Die Schulraumplanung wird seit Jahren immer wieder aktualisiert, daher ist es erstaunlich, wenn dann solche Projekte vorgelegt werden. Ich würde mir wünschen, dass das künftig mit mehr Vorlauf passiert, sodass wir die Chance haben, in ein Projekt einzugreifen und Korrekturen anzubringen. Zudem sind einige Budgetpositionen im vorliegenden Projekt nur geschätzt, da keine Zeit für die konkrete Abklärung war. Abgesehen davon, dass die Verwaltung nicht endlos Ressourcen hat - wir sind ja auch an einer schlanken Verwaltung interessiert - finde ich das nicht optimal. Ich finde es ein schönes Projekt und ich bin sicher, dass nach der Umsetzung alle Freude daran haben.

Antrag

Für die Erweiterung des Kindergartens Triesch für eine zusätzliche Kindergartenabteilung sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand Juni 2023, Kostengenauigkeit \pm 10 %) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 2170.5040.06 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 29 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Abwasserbeseitigung - Genereller Entwässerungsplan (GEP 2. Generation) Buchs. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 5. September 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Marius Fedeli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Der bestehende GEP (generelle Entwässerungsplanung) ist aus dem Jahr 2002. Es ist vorgegeben, diesen GEP alle 10 - 15 Jahre zu überarbeiten. Wir sind da etwas drüber. Das ist bei den meisten Gemeinden um uns herum so. Warum muss überhaupt eine Überarbeitung stattfinden? Die Anforderungen an die Siedlungsentwässerung haben sich verändert. Im GEP wird eine Planung der Entwässerung über das gesamte Gemeindegebiet erstellt. Auch die Richtlinie für die Planung, den Bau, den Betrieb und den Unterhalt der lokalen Siedlungsentwässerung haben sich in den letzten 20 Jahren verändert. Die Vorbereitungsarbeiten laufen seit 2021. Das Pflichtenheft des Kantons wurde auf die Gemeinde angepasst. Darin ist festgehalten wie viele Leitungskilometer Sauberwasser und Abwasser die Gemeinde hat, welche Aufgaben für Buchs relevant sind. Der Kanton hat das Pflichtenheft geprüft und bewilligt. Deshalb können wir nun heute über den Kredit befinden. Was bringt uns der GEP? Er bringt uns Klarheit über den Zustand der Entwässerungsanlagen, dient als Massnahmen- und Finanzierungsplanung für die nächsten 15 Jahre, ein effizienter und zweckmässiger Ausbau und Werterhaltung der Leitungen kann sichergestellt werden, wir haben ein behördenverbindliches Planungsinstrument und wir haben eine Optimierung der Hydraulik/Netzsteuerung. Der Ablauf eines GEPs ist folgendermassen: Es werden laufend Massnahmen aus dem GEP realisiert. Weiter wird auch der Kataster laufend nachgeführt und die GEP Daten aktualisiert. Zudem wird eine einfache Erfolgskontrolle resp. Begehungen von Sonderbauwerken und Kanal-TV-Aufnahmen laufend gemacht. In der Phase 0 wird das Pflichtenheft erstellt und der Kataster aufgearbeitet (bereits erfolgt). Nun kommen die Phasen 1 bis 4. In Phase 1 wird der Zustandsbericht erstellt, dann folgt die hydraulische Berechnung in Phase 2. In Phase 3 werden Vorprojekte und Dokumentationen ausgearbeitet. Danach wissen wir, welche Projekte auf Buchs zukommen. In Phase 4 folgt das Genehmigungsverfahren. Dieses ist nicht unwesentlich, da der Kanton auch noch Geld sprechen kann. Diese ganze Erarbeitung erfolgt über etwa vier Jahre. Auch die anderen Gemeinden im Abwasserverband sind dran, somit können gewisse Arbeiten mit dem Verband koordiniert erfolgen. Die Finanzierung erfolgt über den Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung und wird teilweise vom Kanton durch finanzielle Beiträge unterstützt. Der Eigenwirtschaftsbetrieb hat noch genügend Geld. Das Projekt kostet Fr. 490'000.-- exkl. MwSt. Wir bewilligen den Kredit aber inklusive MwSt. Die MwSt. können wir aber über den Eigenwirtschaftsbetrieb zurückfordern. Wie bereits erwähnt liegt der Kantonsbeitrag bei rund 20 % und wird nach Abschluss des Projekts ausgerichtet.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), für den Generellen Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation von Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 490'000.-- exkl. Mehrwertsteuer, Fr. 527'730.-- inkl. MwSt. (Kostenstand August 2023), zulasten der Investitionsrechnung wie folgt zu bewilligen:

7201.5030.23	Abwasserbeseitigung	Fr. 490'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
Total	inkl. 7.7 % MwSt.	Fr. 527'730.--	Verpflichtungskredit

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag

Für den Generellen Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation von Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 490'000.-- exkl. Mehrwertsteuer, Fr. 527'730.-- inkl. MwSt. (Kostenstand August 2023), zulasten der Investitionsrechnung wie folgt zu bewilligen:

7201.5030.23	Abwasserbeseitigung	Fr. 490'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
Total	inkl. 7.7 % MwSt.	Fr. 527'730.--	Verpflichtungskredit

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 37 : 0 Stimmen zugestimmt.

Bericht zum Postulat von Heidi Niedermann, Littering. Einführung Videoüberwachung beim Schulhaus Risiacher und bei der Sammelstelle Gemeindesaal. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. August 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Sandra Meier-Jaisli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): An der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2022 hat Heidi Niedermann ein Postulat eingereicht mit der Bitte eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenreglements im Kampf gegen Littering und Vandalismus einzusetzen. Am 21. September 2022 wurde das Postulat mit 32 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen. Die rechtliche Ausgangslage zeigt sich wie folgt: Die rechtliche Grundlage zur Videoüberwachung ist in § 20 des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) geregelt. Der Gemeinderat hat ein Reglement zu erlassen, welches die Grundzüge der Überwachung festhält. Ebenfalls müssen die Standorte der Kameras im Reglement geregelt werden. Das Reglement ist von der kantonalen Stelle für Öffentlichkeit und Datenschutz genehmigen zu lassen. Was kann unternommen werden? Littering und Vandalismus sowie Sprayereien nahmen vor allem in den letzten Jahren massiv zu. Trotz erhöhter Polizeipräsenz an den Hotspots blieb der Erfolg leider mässig. Der Gemeinderat erachtet daher die Einführung der Videoüberwachung als sinnvoll. Die Kameras sollen abschrecken und helfen, fehlbare Personen zu identifizieren. Zusätzlich wird auch die Jugendarbeit und die Schule um Präventions- und Aufklärungsarbeit gebeten. Das Fazit zeigt sich wie folgt: Der Gemeinderat sah davon ab, eine überparteiliche Arbeitsgruppe einzusetzen, da er der Meinung war, dass die Ausarbeitung des Reglements verwaltungsintern effizienter und ebenfalls zielführend erfolgen kann. Das Reglement ist bereits ausgearbeitet. Nur die Standorte müssen noch bestimmt werden. Sobald die finanziellen Mittel vom Einwohnerrat genehmigt sind, wird das Reglement fertiggestellt und dem Kanton eingereicht. Es wurden zwei Hotspots ausgewählt. Dies vor allem aus Kostengründen. Die Sammelstelle beim Gemeindesaal und das Schulhaus Risiacher. Bei der Sammelstelle nahmen die Reklamationen wegen Ruhestörung stark zu. In der FGPK haben wir erfahren, dass es offenbar Leute gibt, die am Sonntagmorgen um 7.00 Uhr Flaschen entsorgen. Das kann nicht sein. Wir haben in der FGPK auch darüber gesprochen ob die Sammelstelle noch benötigt wird. Uns wurde aber gesagt, dass die Sammelstelle viel besucht werde. Beim Schulhaus Risiacher gibt es vor allem Sprayereien und Vandalismus.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 2 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), den Verpflichtungskredit von Fr. 46'000.-- für die Anschaffung und Installation der Videoüberwachungs-Infrastruktur beim Schulhaus Risiacher (Fr. 25'000.-- zu Lasten Dienststelle 2170) und bei der Sammelstelle Gemeindesaal (Fr. 21'000.-- zu Lasten Eigenwirtschaftsbetrieb Dienststelle 7301) abzulehnen.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Ich nehme die mehrheitliche Ablehnung des gemeinderätlichen Antrages zur Anschaffung und Installation von zwei Video-Überwachungskameras in der FGPK mit einigem Befremden und Bedauern zur Kenntnis. Ich denke, dass die Installation von zwei Kameras mehr nützt als Kosten entstehen. Ich bin mir bewusst, dass die Kosten von Fr. 46'000.-- ins Gewicht fallen, aber es gibt viele

Gemeinden in unserer Nachbarschaft, die bereits vor längerer Zeit Kameras angeschafft haben, mit dem Erfolg, dass verschiedenste Probleme mit Vandalismus und Littering angegangen werden konnten. Ich wäre froh, wenn wir diese Kameras nicht brauchen würden, aber ich glaube es ist einfach nötig. Ich bin froh, dass die Verwaltung bereits ein Reglement ausgearbeitet hat. Neben dem Reglement braucht es noch diverse Antragsformulare und diese Arbeiten sind gemäss Botschaft bereits getätigt. Es wäre schade, wenn die getätigten Vorbereitungen umsonst gemacht worden wären. Ich bitte euch daher um Zustimmung zum Kreditantrag.

Herr Dieter Stüssi: Ich bin auch dafür, dass Übeltäter am Kragen gepackt werden. Es ist natürlich auch eine Frage der Verhältnismässigkeit. Ich habe eine Frage an die Postulantin. Du wohnst neben der Sammelstelle Gemeindesaal. Wie oft kommen solche Störungen vor. Ich entsorge dort auch ab und zu Flaschen - natürlich den Tag durch. Von Seiten Littering hat es an diesem Ort massiv gebessert.

Frau Heidi Niedermann: Es kommt ab und zu vor. Es ist aber nicht meine Absicht uns vor Lärm dieser Anlage zu schützen. Mir geht es vor allem um den effektiven Vandalismus. Wenn hier von Lärm gesprochen wird, kommt mir der Hotspot Gysimatte viel eher in den Sinn. Dort hat es den ganzen Sommer durch zu viel Lärmimmissionen geführt. Über diese Hotspots müsste vielleicht wirklich noch gesprochen werden. Das Risiacher ist für mich ganz klar einer.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich kann noch ergänzen, dass im Rahmen der Gemeindepräsidentensprechstunde, welche Urs Affolter normalerweise macht, eine Person bei mir war, welche sich beschwert hat, dass sich im Sommer mehrfach Jugendliche und Erwachsene bis am morgen früh lärmend dort aufgehalten haben. Mir ist bekannt, dass sich eine weitere Person im Zusammenhang mit Littering beschwert hat.

Herr Andreas Tschan: Mir geht es auch um die Verhältnismässigkeit. Ich möchte aus dem Merkblatt Videoüberwachung zitieren: "Nicht jedes Problem vermag den durch eine Videoüberwachung verursachten Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen zu rechtfertigen. Das Problem muss von einer bestimmten Schwere sein, damit der Einsatz einer Videoüberwachung zu dessen Bewältigung als Mittel in Frage kommt. ... Ausserdem müssen mildere Massnahmen ohne Erfolg geblieben sein, von vornherein keinen Erfolg versprechen oder finanziell oder personell unzumutbar sein." Ich habe keine Kenntnisse von bisher getroffenen milderen Massnahmen, welche erfolglos blieben. Ich denke an Prävention, eventuell die Schliessung der Sammelstelle oder mit einer Videoatrappe. Für mich sind die vom Gemeinderat genannten Vorfälle zwar lästig aber sie haben keine bestimmte Schwere. Eine bestimmte Schwere wäre die Bedrohung von Leib und Leben, schwere Gewalttaten oder massive wiederholte teure Sachbeschädigungen. Ich finde die Kosten der Videoüberwachung - vermutlich kommt noch einiges dazu - stehen nicht im Verhältnis der vermeintlich verhinderbaren Deliktsumme. Häufig zeigt sich auch, dass trotz Videokameras Leute nicht identifiziert werden können und keine Bussen ausgestellt werden. Ich habe noch einen kleinen Hinweis. Es gibt eine Internetseite www.littering-toolbox.ch - sie ist unter anderem auch vom Bund finanziert - dort sind 29 Massnahmen gegen Littering aufgeführt. Videoüberwachung ist nur eine dieser 29 Massnahmen. Somit haben wir noch Potenzial 28 andere Massnahmen zu prüfen. Ich finde es schade, dass keine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Ich denke nicht an eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Reglements, sondern an eine, welche ein umfassendes Konzept erstellt hätte für die Gemeinde, welches den Umgang mit den Themen Littering und Sachbeschädigungen umfassend angeschaut hätte. Es ist wiederum eine verpasste Chance der Gemeinde Buchs zusammen mit der Bevölkerung eine nachhaltige Lösung zu einem gesellschaftlichen Problem zu suchen und in einem solchen Prozess zu ermöglichen auch etwas für den Zusammenhalt und die Dorfidentität zu tun, indem gemeinsame Lösungen erarbeitet werden. Ich werde den Kredit ablehnen. Ich bin nicht strikt gegen die Überwachung aber ich finde es nicht verhältnismässig.

Herr Reto Bianchi: Ich arbeite an einem Ort, an dem eine Videoüberwachungsanlage installiert ist. Was sind die Folgen: Einige Wochen nach der Installation wurden bereits gewisse Kameras abgerissen - notabene so, dass nicht erkannt wurde, wer das getan hat. Weiter wurden Kameras abgeklebt. Das Problem verschiebt sich einfach von A nach B. Wenn B überwacht wird, geht es zu C und so weiter. Ich würde eher an den 28 anderen Massnahmen anschliessen und zuerst dort etwas versuchen. Es braucht wirklich viel, bis eine Videoaufnahme ausgewertet werden darf. Man kann nicht einfach so die Aufnahmen anschauen. Es braucht die Polizei und eine Anzeige - also eine gewisse Schwere, damit die Bilder ausgewertet werden dürfen. Daher würde ich zuerst die anderen 28 Massnahmen prüfen.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Diese 28 Tools sind uns ebenfalls bekannt, gewisse davon sind bereits umgesetzt. In der Prävention sind wir dran. Die Anfrage von Heidi war aber eine andere. Sie war mit der Antwort nicht zufrieden und hat daher das Rahmenreglement gefordert. Dieses Reglement setzt Kameras voraus. Auch Fake-Kameras brauchen eine Bewilligung, die dürfen nicht einfach so aufgehängt werden. Wir haben nun die Antwort zum Postulat erstellt, wenn diese im Rat nicht ankommt, so wie sie in der FGPK nicht angekommen ist, ist das so. Ich kämpfe nicht auf Blut und Nieren für diese Kameras. Wir haben in der FGPK deutlich gespürt, dass es um einen Grundsatzentscheid geht. Wenn wir die Kameras an einem Ort installieren, haben wir sie später auch an einem anderen Ort. Heidi Niedermann hat ja gesagt, die Gysimatte ist lauter als die Entsorgungsanlage. Wenn wir anfangen, wird es zu einer nächsten und einer übernächsten Kamera kommen. Daher sind wir der Meinung, dass es heute um den Grundsatzentscheid für oder gegen die Kameras geht. Entsprechend steht auf der letzten Seite der Botschaft, dass bei einer Kreditablehnung des Einwohnerrats das Reglement nicht weiterbearbeitet wird.

Frau Heidi Niedermann: Ich bin von den Voten nur halb überzeugt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir auf Biegen und Brechen eine Videoüberwachungsinfrastruktur brauchen, aber ich finde es sehr schade, dass diese Begleitgruppe - und ich spüre, dass hier einige Personen sind die mehr wissen als ich - nicht verwirklicht wurde.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Es hindert niemanden daran eine solche Gruppe zu gründen. Wenn genügend Interessenten vorhanden sind, kann ein runder Tisch gemacht werden, dem steht nichts im Weg. Man kann zusammensitzen und Konzepte ausarbeiten die dann umgesetzt werden können. Da bieten wir Hand. Aber so wie ich das einschätze wärest du nicht ganz unglücklich mit den Kameras.

Antrag

Für die Anschaffung und Installation der Videoüberwachungs-Infrastruktur beim Schulhaus Risiacher (Fr. 25'000.-- zu Lasten Dienststelle 2170) und bei der Sammelstelle Gemeindesaal (Fr. 21'000.-- zu Lasten Eigenwirtschaftsbetrieb Dienststelle 7301) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 46'000.-- zu genehmigen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 29 : 7 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Motion von Evelin Meier, glp, betreffend Verbesserung der Chancengleichheit an den Buchser Schulen (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Frau Evelin Meier reichte am 20. Juni folgende Motion ein:

Antrag

Dem Einwohnerrat ist ein umfassendes Programm inklusive Budget vorzulegen, welches die Chancengleichheit in der Volksschulbildung insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Quartiere/Schulhäuser bzw. sozialen und gesellschaftlichen Umfeldler verbessert. Dies ist auch im Verbund mit der Kreisschule zu koordinieren.

Diskussion

Herr Gilbert Mühlemann: Ich möchte noch drei wesentliche Punkte erwähnen. Die Chancengleichheit ist meiner Meinung nach gegeben. Das erste Argument ist, dass vor knapp einem Jahr bereits die Chancengleichheit an der KSAB untersucht wurde. Dabei wurde festgestellt, ... "dazu benötigt es jedoch keine zusätzlichen Massnahmen. Diese Anliegen werden im Rahmen der Organisation stetig weiterentwickelt...". Ein zweiter Grund ist, dass ich aus meinen persönlichen Erfahrungen mit zwei Kindern das Gefühl habe, dass die Schule ihren Teil zur Chancengleichheit leistet. Und drittens muss es nicht das Ziel sein, dass alle Schülerinnen und Schüler in die Bezirksschule gehen, das ist nicht besser. Ich kann keine eklatanten Mängel in der Chancengleichheit feststellen.

Frau Evelin Meier: In der gestellten Anfrage an den Schulvorstand wurde untersucht, in welchen Schulhäusern beim Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe welche Quote besteht. Dabei wurden eklatante Unterschiede zwischen den Schulhäusern festgestellt. Der Schulvorstand sieht hier keinen Handlungsbedarf. Wir denken das stimmt nicht und es muss etwas unternommen werden. In Anbetracht des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, das Potenzial der Schülerinnen und Schüler zu vergeuden. Es kann nicht sein, dass die Intelligenz so ungleich in den Quartieren verteilt ist. Aufgrund dessen glaube ich ist der Handlungsbedarf vorhanden.

Herr Dieter Stüssi: Die SVP ist auch der Meinung, dass die Chancengleichheit gegeben ist. Mir fehlt ein kleiner Hinweis, was man im Sinn hat. Wenn ich ein Postulat mache, würde ich vorschlagen, was gemacht werden soll. Wenn ich hier lese soziales und gesellschaftliches Umfeld verbessern. Was wollt ihr? Zwangsverschiebungen von Leuten für eine bessere Durchmischung der Quartiere? Wie soll das soziale Umfeld verbessert werden? Bei den Familien dürfen wir nicht eingreifen, das ist die Hoheit der Familie. Weiter steht "Wer sich angestrengt und die entsprechende Begabung mitbringt, soll in der Schweiz etwas erreichen können." Damit bin ich absolut einverstanden. Ob man sich einsetzt und den Fleiss hat, ist nicht erzwingbar. Das beginnt in der Familie und es gibt nun mal einfach faule Schülerinnen und Schüler. Für mich ist das Ganze zu diffus. Chancen können nicht einfach umverteilt werden. Die Grundsätze beginnen in den Familien. Dass es im Gönhard anders läuft und dort vielleicht Familien wohnen, bei denen sich Eltern noch für ihre Kinder einsetzen und einsetzen können und in anderen Quartieren vielleicht nicht. Das kann man aber nicht erzwingen. Und wie gesagt enthält der Vorstoss keinen einzigen Vorschlag, wie das Ziel erreicht werden soll.

Herr Reto Bianchi: Diese Vorlage wurde auch in Aarau eingereicht - unter anderem zusammen mit der SVP. Die SVP hat auch dort erkannt, dass es anscheinend Unterschiede gibt. Gewisse Unterschiede

aufgrund der Quartierstruktur sind gegeben. Die Motion möchte nur darauf hinweisen, dass diese Ungleichheiten bestehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Intelligenz im Einzugsgebiet der KSAB so unterschiedlich verteilt ist. Irgendwann ist die Bezirksschule voll und es hat keinen Platz mehr. Wir wollen dem auf die Spur gehen, auch zusammen mit dem Einwohnerrat Aarau, damit die Chancengleichheit für alle gleich ist.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Auch in der Kreisschule wurde das selbe Anliegen vorgebracht und angenommen. Man darf nicht nur von Intelligenz sprechen. Es sind in diesem Anliegen auch noch soziokulturelle Aspekte enthalten usw. Es kann relativ weit und breit gehen. Wie weit das Sinn macht, müsst ihr beurteilen. Ich denke, wenn man dem nachgeht, macht es Sinn, dass die Gemeinden Aarau, Buchs und die Kreisschule zusammen eine Auslegeordnung machen - das ist in meinen Augen der Auftrag - damit sind noch keine Massnahmen definiert. Danach bräuchte es einen Bericht, in dem man die Feststellungen präsentiert. Dabei kann es nicht nur um die Bezirksschulzahlen gehen. Dann würde man mit dem Bericht allenfalls Kreditanträge für die Umsetzung der Massnahmen stellen. In diesem Sinn kostet die Motion mal Sitzungsgeld, aber es werden keine weiteren Kosten ausgelöst. Danach käme das ganze wieder in den Einwohnerrat und ihr hättet wieder die Möglichkeit Stellung dazu zu nehmen. Deshalb nehmen wir die Motion entgegen. Was dabei herauskommt ist für mich noch offen.

Die Motion wird mit 33 : 4 Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

Herr Beat Spiess: Ich möchte einen **Rückkommensantrag** stellen und auf die Schlussabstimmung zum Budget 2024 zurückkommen. Die Abstimmung sei zu wiederholen. Zur Begründung: Auf der einen Seite hat der Einwohnerrat einem Steuerfuss von 118 % zugestimmt und nur ganz wenig aus dem Budget gestrichen. Was soll der Gemeinderat nach der Rückweisung nun für ein neues Budget aufstellen? Wird ein höherer oder ein tieferer Steuerfuss gewünscht? Es geht nicht, dass der Gemeinderat ohne eindeutigen Auftrag ein neues Budget aufstellen muss. Der Antrag soll dazu dienen, diese Fragen zu klären und dem Gemeinderat einen klaren Auftrag zu erteilen.

Herr Reto Bianchi: Ich stelle jetzt dann den Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung. Es ist bereits nach 23.00 Uhr und gewisse Personen sind bereits nach Hause gegangen. Es gibt ein neues absolutes Mehr.

Herr Patrik Feusi: Ich bin froh, dass du den Rückkommensantrag stellst, ich sehe das genauso. Mich erstaunt es wie die Abstimmung gelaufen ist, ohne dass der Gemeinderat einen klaren Auftrag bekommen hat, was er zu tun hat. Es hat sich offensichtlich eine unheilige Allianz gebildet. Der Prozess ist auch hinsichtlich einer Volksabstimmung nicht dienlich, kostet unnötig viel Zeit und daher bitte ich euch auf den Antrag einzutreten damit wir die Abstimmung wiederholen können.

Herr Thomas Meier: Wir haben abgestimmt, wir haben genügend über das Budget gesprochen. Ich sehe daher keinen Bedarf auf ein Rückkommen. Eine Abstimmung selber würde auch nichts bringen, da du Beat Spiess möchtest, dass der Gemeinderat die Gründe kennt, das geht auch sonst. Wir haben festgestellt, dass sich offenbar eine unheilige Allianz gebildet hat. Viele SVP-Mitglieder haben nein gestimmt, ich habe ebenfalls nein gesagt, weil ich ein ausgeglichenes Budget möchte. Mit den 118 % sind wir nicht ausgeglichen. Wir haben bereits das letzte Budget abgewiesen, weil wir keine Strategie sehen. Das letzte Mal konnte uns nicht gesagt werden, was passieren muss, damit man mit den Steuern hochgeht. Daher haben wir abgelehnt. Wir haben immer noch das offene Postulat von Werner Schenker. Solange wir nicht wissen, was die Strategie ist und wir mit einem riesen Budgetdefizit auf die Reise gehen, welche die kommenden Generationen zahlen sollten, kann ich persönlich nicht zustimmen, aber dafür braucht es kein Rückkommen.

Herr Beat Spiess: Ich akzeptiere grundsätzlich demokratische Entscheide aber die Widersprüchlichkeit im Resultat gilt es zu klären. Auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass die Ablehnung des Budgets zu einem ersten Nein führt und das Volk noch maximal einmal über das Budget abstimmen kann. Wenn man möchte, dass das Volk mitreden kann, müsste man ihm die Chance geben. Wir hatten die Möglichkeit das Budget zu ändern oder einen anderen Steuerfuss vorzuschlagen.

Herr Samuel Hasler: Ich kann mich dem Votum von Thomas Meier anschliessen. Ich sehe nicht warum wir darauf zurückkommen sollten. Wir haben klar gesagt, warum wir das Budget abgelehnt haben und was wir uns für ein Budget wünschen. Die SP hat gesagt, dass sie ein ausgeglichenes Budget möchte, aber sie hat keinen konkreten Antrag gestellt. Das finde ich schwach. Auf jeden Fall bin ich gegen den Rückkommensantrag.

Abstimmung über den Rückkommensantrag von Beat Spiess

Die Schlussabstimmung zum Budget 2024 sei zu wiederholen.

Der Antrag wird mit 25: 8 Stimmen (bei 3 Enthaltung) abgelehnt.

Eingänge**Dringliches Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend tiefere Energiepreise statt Millionen Dividenden**

Herr Samuel Hasler reicht folgendes dringliches Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, bei der Eniwa und der Stadt Aarau zu intervenieren, dass diese in Zukunft allfällige Gewinne und Dividenden nutzt, um die Preise von Produkten mit Monopolstellung, zu verringern.

Begründung

Die Eniwa Holding AG hat in den vergangenen Jahren wiederholt Gewinne und Dividenden in Millionen Höhe erwirtschaftet:

Jahr	Gewinn in TCHF	Dividende in TCHF
2022:	4'050	8'063
2021:	6'000	16'207
2020:	5'995	13'024
2019:	5'095	10'010

Da sich 95.37 % der Aktien im Besitz der Stadt Aarau befinden (Stand 31.12.2022), flossen entsprechend auch Dividenden in entsprechender Höhe in die Stadtkasse.

Während sich die Stadt Aarau über Einnahmen in Millionenhöhe freuen kann und auch die Bevölkerung von Aarau profitiert, müssen Kunden in den verbleibenden Eniwa-Gemeinden sich erneut mit Preiserhöhungen auseinandersetzen. So stiegen die Gaspreise für "Eniwa Naturgas" von 7.59 Rp./kWh (Sept. 2021) auf 19.39 Rp./kWh (Heute) -> + 255 %.

Der Strompreis beim Produkt "Eniwa Naturstrom Schweiz" stieg von 23.38 Rp./kWh im Hochtarif und 17.78 Rp./kWh in Niedertarif (2020) auf 35.89 Rp./kWh und 30.38 Rp./kWh -> + 65 % / + 58 %.

Es ist mehr als fragwürdig, wieso eine Unternehmung, welche dank staatlichem Monopol Gewinne erzielt, Millionen Dividenden auszahlen kann. Diese Gewinne fliessen fast vollständig in die Kasse einer einzigen Gemeinde. Die Stadt Aarau ist zwar die grösste Bezugsgemeinde, jedoch entspricht ihre Dividende bei weitem nicht den Anteil Endkunden im gesamten Versorgungsgebiet.

Die SVP ist der Ansicht, dass Unternehmen in staatlicher Hand und mit dem Schutz des Monopols nicht dazu da sind, die Gemeindefinanzen aufzubessern. Die Eniwa soll allfällige Gewinne nutzen um Produkte, in welchen sie keiner Konkurrenz ausgeliefert sind, günstiger zu machen. Uns ist bewusst, dass aufgrund von Strommangellage und des Krieges eine Preiserhöhung unumgänglich ist. Jedoch kann diese Erhöhung mittels Einsatzes des Jahresgewinnes minimiert werden.

Begründung Dringlichkeit

Es ist wichtig, dass so schnell wie möglich gehandelt wird. Die steigenden Energiepreise belasten die Finanzen der Bürgerinnen und Bürger enorm. Durch die Dringlichkeit ist es möglich, bereits dieses Jahr noch etwas zu bewegen, da der Gemeinderat an der Sitzung vom 5. Dezember 2023 bereits einen Zwi-

schenbericht erstatten muss (§ 19 Abs. 3 Geschäftsreglement des Einwohnerrats der Gemeinde Buchs). Viele Postulate (Informatik 2020, Verschuldung 2020, Kinderbetreuung 2021) brauchen Jahre, bis diese beantwortet und abgeschrieben werden.

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer: Gemäss § 19 des Geschäftsreglements haben wir über die Dringlichkeit zu befinden. Wird die Dringlichkeit mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen, gilt das Postulat resp. die Motion automatisch als überwiesen und der Gemeinderat hat an der nächsten Sitzung einen Zwischenbericht zu erstatten oder bei der Motion einen Beschlussesentwurf vorzulegen. Wird das Postulat oder die Motion als nicht dringlich erklärt, beschliessen wir an der nächsten Sitzung über die Überweisung an den Gemeinderat.

Diskussion

Herr Marius Fedeli: Ich möchte die Dringlichkeit nicht unterstützen. Die nächste Versammlung der Eniwa findet meines Wissens im April oder Mai 2024 statt. Somit gibt es vorher keine Möglichkeit etwas zu ändern, daher können wir das als normales Postulat behandeln.

Abstimmung

Die Dringlichkeitserklärung des Postulats wird mit 27 : 9 Stimmen abgelehnt.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Dringliches Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Beiträge KEBA**

Herr Samuel Hasler reicht folgendes dringliches Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich die Defizite der KEBA minimieren und die somit verbundenen Kosten für die Gemeinde Buchs. Hierfür könnten beispielsweise die Eintrittspreise um 10 - 20 % steigen.

Begründung

Die Kunsteisbahn Region Aarau AG schreibt seit Jahren Defizite. Die Trägergemeinden beteiligen sich an dessen Defizit anteilmässig. So zahlte Buchs 2022 Fr. 32'500.--, 2023 Fr. 26'200.-- (Budget) und 2024 gemäss Budget Fr. 39'500.--. Weiter querfinanziert die Gemeinde Buchs die KEBA mittels Saison Abo für die Schülerinnen und Schüler der KSAB mit je Fr. 38.-- pro SuS. Die KEBA AG muss zwingend auf eigenen Beinen stehen und darf sich nicht auf die Rettung durch den Staat berufen. Daher soll der Gemeinderat sich aktiv dafür einsetzen, dass die KEBA auf keine finanzielle Unterstützung der Gemeinde angewiesen sei. Notfalls sollen hierfür die Eintrittspreise erhöht werden.

Begründung Dringlichkeit

Dieses Postulat entstand im Rahmen der Budgetdebatte 2024 und soll zusammen mit dem Budget im Einwohnerrat zur Abstimmung kommen.

Diskussion

Herr Samuel Hasler: Wir haben bekanntlich das Budget abgelehnt. Wir haben bereits in der Budgetdebatte gehört, dass es diverse Posten gibt, die wir nicht übers Budget beeinflussen können, da diese gebunden sind. Auch das möchten wir anpacken und haben daher diverse Eingänge, wie den vorgenannten.

Abstimmung

Die Dringlichkeitserklärung des Postulats wird mit 27 : 7 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Dringliche Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs**

Herr Samuel Hasler reicht folgende dringliche Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um den Gemeindeverband "Kreisschule Aarau-Buchs" auf den nächstmöglichen Termin aufzulösen und die Volksschule eigenständig oder mit einer anderen Gemeinde zu organisieren.

Begründung

Die Kreisschule Aarau-Buchs hatte mehrere Jahre Zeit, die Erwartungen, welche im Rahmen der Volksabstimmung zur Gründung dieser kamen, zu erfüllen. Das Fazit ist leider vernichtend. So konnten keine Kosten eingespart werden, ganz im Gegenteil: Die Kosten der Volksschule explodieren. Die Kosten pro Schüler nahmen massiv zu, die Verwaltung wurde aufgebläht, es gab keine nennenswerte Qualitätsverbesserung, die Kleinklassen wurden trotz Versprechen aufgelöst. Die Gemeinde Buchs ging mit der Stadt Aarau einen Vertrag ein, welcher Buchs abhängig machte. So hat der Einwohnerrat keine Kompetenz über das Budget und die Ausgaben der KSAB. Die Vertreter der Gemeinde Buchs im Kreisschulrat haben ebenfalls kaum Möglichkeiten einzugreifen, haben sie nur sechs Stimmen, während Aarau über zwölf verfügt.

Begründung Dringlichkeit

Diese Motion entstand im Rahmen der Budgetdebatte 2024 und soll zusammen mit dem Budget im Einwohnerrat zur Abstimmung kommen.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Dringlichkeitserklärung der Motion wird mit 27 : 8 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Dringliche Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Satzungsänderungen Kreisschule Aarau-Buchs**

Herr Samuel Hasler reicht folgende dringliche Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um die Satzungen des Gemeindeverbandes "Kreisschule Aarau-Buchs" wie folgt anzupassen:

- Streichung und somit Auflösung des Kreisschulrates.
 - Neu sollen die legislativen Kompetenzen wieder bei den Einwohnerräten Aarau und Buchs liegen
- Verkleinerung des Schulvorstandes auf 5 Personen
 - je 2 Vertreter der Exekutive der Gemeinden Aarau und Buchs + 1 Freies Mitglied

Begründung

Die Kreisschule Aarau-Buchs hatte mehrere Jahre Zeit, die Erwartungen, welche im Rahmen der Volksabstimmung zur Gründung dieser kamen, zu erfüllen. Das Fazit ist leider vernichtend. So konnten keine Kosten eingespart werden, ganz im Gegenteil: Die Kosten der Volksschule explodieren. Die Kosten pro Schüler nahmen massiv zu, die Verwaltung wurde aufgebläht, es gab keine nennenswerte Qualitätsverbesserung, die Kleinklassen wurden trotz Versprechen aufgelöst.

Die Gemeinde Buchs ging mit der Stadt Aarau einen Vertrag ein, welcher Buchs abhängig machte. So hat der Einwohnerrat keine Kompetenz über das Budget und die Ausgaben der KSAB. Die Vertreter der Gemeinde Buchs im Kreisschulrat haben ebenfalls kaum Möglichkeiten einzugreifen, haben sie nur sechs Stimmen, während Aarau zwölf verfügt.

Als Kompromissvorschlag, welcher nicht die Auflösung des gesamten Gemeindeverbandes vorsieht, soll diese Motion dienlich sein. Die Einwohnerräte von Aarau und Buchs sollen wieder die Verantwortung übernehmen und direkt handeln können. Durch die Abschaffung des Kreisschulrates und Verschlankung des Schulvorstandes, werden Kosten eingespart und unlogische Kompetenzverteilungen rückgängig gemacht. So macht es keinen Sinn, dass der Kreisschulrat über das Budget der Schule entscheidet, aber nicht über das Budget der Gemeinde, welche schlussendlich die Kosten tragen muss.

Begründung Dringlichkeit

Diese Motion entstand im Rahmen der Budgetdebatte 2024 und soll zusammen mit dem Budget im Einwohnerrat zur Abstimmung kommen.

Diskussion

Herr Thomas Meier: Danke Samuel Hasler, dass du uns heute Abend noch weiter beübst. Du hast nicht begründet warum diese Motion dringlich sein sollte. Das Budget haben wir heute abgelehnt, und wird so oder so keinen Einfluss haben. Ich sehe keine Dringlichkeit. Ausserdem möchte ich, dass du uns erläuterst - wir haben im Dezember die nächste Sitzung an der wir nochmals über das Budget diskutieren wer-

den - was wir mit der Dringlichkeit gewinnen und dass du dir überlegst ob all deine Motionen und Postulate wirklich dringlich sein müssen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich denke es ist auch wichtig, dass man sich überlegt, was das für Konsequenzen hat. Dringlich kann es eigentlich gar nicht sein. Es muss durch zwei Einwohnerräte, durch den Kreisschulrat und danach noch vors Volk. Es handelt sich um einen Prozess der nicht nur 2 Monate in Anspruch nimmt. Die Anträge müssten dann auch in allen Gremien gleichzeitig kommen, wenn man das wirklich möchte. Noch eine Bemerkung: Im Vorfeld der Diskussion über die Gründung der Kreisschule war das eine Variante, welche dann aus politischen Gründen fallen gelassen wurde. In der Vernehmlassung fand diese Idee keine Mehrheit. Die Idee war also bereits vorhanden, es wurde diskutiert, war aber politisch nicht tragbar.

Herr Samuel Hasler: Ich **ziehe die Dringlichkeit zurück** und reiche die Motion als normalen Eingang ein.

Herr Reto Bianchi: Ich **beantrage** gemäss § 33 Geschäftsreglement **Abbruch der Sitzung**. Wir haben uns wirklich genug lang beüben lassen. Es ist nun 23.45 Uhr und ich finde wir sollten zu einem anderen Zeitpunkt weitermachen.

Herr Samuel Hasler: Ich mache den Vorschlag, dass ich die Eingänge als normale Eingänge deklariere, ohne Dringlichkeit, sodass es keine Debatte und keine Abstimmung benötigt.

Herr Marc Jaisli: Ich bin etwas enttäuscht. Es geht noch um etwa fünf Anträge. Ich verstehe alle, die morgen früh zur Arbeit müssen. Ich bin auch etwas der Meinung von Beat Spiess. Der Gemeinderat weiss nicht, was er mit dem Budget machen soll. Wir haben den Rückkommensantrag abgelehnt. Wir haben aber nun doch den einen oder anderen Vorstoss - über die Dringlichkeit kann man diskutieren - der spannend ist, wenn man ihn genauer anschaut um herauszufinden wo wir anfangen können. Wir sind es leid, dass in der Budgetdebatte immer gesagt wird, dass 95 % der Ausgaben gebunden sind. Ein grosser Teil davon verschulden wir selber, z. B. mit der Schule etc. Ich denke wir sollten diese halbe Stunde nun noch durchziehen. Es ist unser Auftrag.

Herr Marius Fedeli: Ich unterstütze den Antrag von Reto Bianchi. Ich diskutiere gerne, wenn alle fit sind. Nun haben wir diesen Nerv nicht mehr alle. Zudem bereite ich mich gerne vor auf solche Eingänge. Ich wäre auch froh, wenn wir nun aufhören würden und im Dezember weiterdiskutieren.

Herr Samuel Hasler: Ich möchte die Eingänge nun einreichen, damit wir im Dezember darüber abstimmen können. Wenn wir sie nicht heute einreichen können, würden die Eingänge dann erst im April zur Abstimmung kommen. Ich brauche noch 10 Minuten, dann bin ich durch.

Herr Reto Bianchi: Ich **ziehe den Antrag zurück**, bringe ihn aber um Mitternacht wieder.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge***Dringliches Postulat von Denise Zeller-Xenaki, die Mitte, betreffend vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027 mit Einsetzung einer Begleitgruppe***

Frau Denise Zeller-Xenaki reicht folgendes dringliches Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt eine vertiefte Analyse der finanziellen Situation und Perspektiven der Gemeinde vorzunehmen. Namentlich soll die Investitionsplanung auf Verzichts- und Reduktionsmöglichkeiten überprüft werden. Ausserdem sollen verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien für die langfristige Entwicklung von Buchs aufgezeigt werden.

Dazu wird vom Gemeinderat eine Begleitgruppe mit Vertretungen der Parteien/Fraktionen eingesetzt. Zudem soll eine externe Finanzberatung aus dem Bereich öffentliches Finanzwesen beigezogen werden. Diese Arbeiten sollen so rasch als möglich gestartet werden und bis Ende Mai 2025 abgeschlossen sein.

Begründung

In der Gemeinde Buchs stehen in den nächsten Jahren grosse Investitionen im Bereich Schulhausbauten und Strassenbau an. Die geplante Steuererhöhung wird langfristig notwendig sein. Eine Steuererhöhung alleine wird aber nicht ausreichen um die strukturellen Probleme der Gemeinde zu lösen. Aus diesem Grund ist eine genaue Analyse der finanziellen und strukturellen Situation der Gemeinde nötig. Aus dieser Analyse können dann verschiedene Handlungsmöglichkeiten abgeleitet und aufgezeigt werden, wie Buchs in Zukunft den Finanzhaushalt wieder ins Lot bringen und eine übermässige Verschuldung vermeiden kann.

Da es sich um eine sehr komplexe Sachlage handelt, erachtet es "Die Mitte" als zielführend, dass eine externe Fachperson einbezogen wird. Diese kann die aktuelle Situation der Gemeinde aus einer Aussen-sicht beurteilen und ihr Fachwissen einbringen. Ausserdem wird damit das Verwaltungspersonal und der Gemeinderat entlastet und unterstützt.

Begründung der Dringlichkeit

Wir erachten dieses Vorgehen als dringend notwendig und sehen darin eine Chance für Buchs, sich in Zukunft wieder als attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde mit einem gesunden Finanzhaushalt präsentieren zu können.

Diskussion

Herr Beat Spiess: Ich sehe auch hier keine Dringlichkeit. Es dauert noch ein Jahr bis zum nächsten Budget. Ich bin auch nicht damit einverstanden, dass vorgeschrieben wird, wie vorgegangen werden soll. Die Verantwortlichkeit liegt beim Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Herr Andreas Burgherr: Ich schliesse mich diesem Votum von Beat Spiess an, ich sehe die Dringlichkeit des Postulats auch nicht. Und mir geht die Formulierung im Postulat im Detail zu weit. Die Punkte die

Samuel Hasler vorbringt, müssen breit (und mit Zeit und nicht in Hast) diskutiert werden können, damit der Gemeinderat dann auch weiss welche Konsequenzen er ziehen muss. Eine Strategie, die unsere Gemeinde längerfristig weiterbringen soll, darf nicht unter Zeitdruck entstehen. Wie auch die Revision der Nutzungsordnung: Die brauchte Zeit. Sogar etwas mehr als ursprünglich gedacht.

Abstimmung

Die Dringlichkeitserklärung des Postulats wird mit 23 : 11 Stimmen (bei 2 Enthaltung) abgelehnt.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Betriebskosten Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen**

Herr Samuel Hasler reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich die Defizite des Schwimmbads Suhr-Buchs-Gränichen minimieren und die somit verbundenen Kosten für die Gemeinde Buchs. Hierfür könnten beispielsweise die Eintrittspreise um 10 - 20 % steigen.

Begründung

Das Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen ist defizitär. Jedes Jahr tragen die Verbandsgemeinden die Defizite, so auch Buchs:

2022: Fr. 101'932.85

2023: Fr. 74'500.-- (Budget)

2024: Fr. 115'300.-- (Budget)

Die Kosten belasten die Gemeinde Buchs massiv (fast 1 Steuerprozent). Um diese Last zu senken, soll sich der Gemeinderat aktiv dafür einsetzen, dass das Schwimmbad selbsttragend wird und auf keine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde Buchs angewiesen ist. Hierfür sollen notfalls auch die Eintrittspreise steigen.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Unterstützung der Gemeinde durch Sozialhilfebezüger**

Herr Samuel Hasler reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern Sozialhilfebezüger die Gemeinde bei ihren täglichen Aufgaben unterstützen können. Ferner soll geprüft werden, ob eine tägliche Anwesenheitskontrolle für kurzfristige Arbeiten umgesetzt werden kann.

Begründung

Die Gemeinde Buchs hat im Budget 2024 durchblicken lassen, dass ihnen für verschiedene Aufgaben die personellen Ressourcen fehlen, insbesondere beim Unterhalt der Infrastruktur wie z. B. beim Oberdorfplatz.

Es wäre eine mögliche Lösung für einfache Arbeiten Personen hinzuzuziehen, welche aktuell Sozialhilfe empfangen und keinen geregelten Tagesablauf haben. Diese können Arbeiten, welche keine fachliche Ausbildung benötigen, übernehmen und so die Mitarbeiter der Gemeinde entlasten.

Dadurch wird das Budget der Gemeinde entlastet und die Wiedereingliederung der Empfänger gefördert. Eine Win-Win Situation für alle Beteiligten.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Anpassung Reglement für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Reglementsanpassung vorzubereiten, welche die Beiträge an die familien- und schulergänzende Betreuung dahingehend anpasst, dass Familien mit einem massgebenden Einkommen über Fr. 60'000.--, keine Gemeindebeiträge mehr erhalten.

Begründung

Die Beiträge an die familien- und schulergänzende Betreuung verursachen immense Kosten für die Gemeinde. 2024 schätzt man mit Fr. 300'000.-- Ausgaben, 2022 waren es fast Fr. 450'000.--. Dies machen 2 - 3 Steuerprozent aus.

Gemäss aktuellem Reglement profitieren Familien mit einem massgebenden Einkommen von bis zu Fr. 84'999.-- von Gemeindebeiträgen. Das massgebende Einkommen entspricht dem steuerbaren Einkommen mit diversen Ab- und Zuzügen.

Gemäss "Ergebnisse der Umfrage betreffend Umsetzung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG)" vom 30. Juli 2020 vom Kanton Aargau und der Gemeindeammänner-Vereinigung, ist es möglich, den Grenzwert für Gemeindebeiträge auf Fr. 60'000.-- zu reduzieren.

Die SVP ist der Meinung, dass finanziell schwache Familien von Subventionen profitieren sollen. Jedoch muss bei diesen Geldern sorgsam und massvoll umgegangen werden. Familien können wählen, ob beide Elternteile arbeiten gehen und somit eine Kinderbetreuung finanzieren wollen oder ein Elternteil zuhause bleibt. Je nach Fall profitiert man von einer Subvention.

Für Alleinerziehende ist die Subvention durch die Gemeinde wichtig, sofern ihr Einkommen zu gering ist. Auch hier muss sorgsam und massvoll mit dem Steuergeld umgegangen werden.

Die SVP lehnt ein Giesskannenprinzip ab und ist klar der Meinung, dass Fr. 85'000.-- ein zu hoher Grenzwert ist. In Anbetracht der aktuellen angespannten finanziellen Lage der Gemeinde, müssen sämtliche Ausgaben konsequent, schonungslos und genau geprüft werden.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge

Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung des Einwohnerrats

Herr Samuel Hasler reicht folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Abänderung der Gemeindeordnung vorzubereiten, welche die Organisationsform der Gemeinde Buchs ändert auf die Organisation mit Gemeindeversammlung.

Begründung

Die Gemeindeversammlung ist die älteste Form der Ausübung der direkten Demokratie. Die Bürger kommen zusammen und engagieren sich aktiv für die politische Gemeinde.

Wir sind überzeugt, dass die Wiedereinführung der Gemeindeversammlung dem Wohl von Buchs beitragen wird. Neben dem Vorteil, dass die Politik wieder aktiver in Buchs gelebt wird, spart die Gemeinde dadurch zusätzlich an Kosten (Fr. 97'800.--).

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Traktandum 9

Verschiedenes

Informationen von Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer:

Gratulation zur Hochzeit

Einwohnerratsmitglied Andreas Dober hat am 9. Juni 2023 geheiratet. Der Einwohnerrat gratuliert herzlich und wünscht dem Ehepaar alles Gute.

Verabschiedung

SP und Grüne	Anna Leibbrandt	Mitglied vom 01.01.2022 - 31.10.2023	2 Jahre
--------------	-----------------	--------------------------------------	---------

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 5. Dezember 2023 um 19.00 Uhr statt.

Dank

Die Präsidentin dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 19. Oktober 2023

Einwohnerrat Buchs AG

Die Präsidentin

Die Protokollführerin

Christine Knüsel-Bachofer

Nicole Keusch